



READER

Kommunalwahl 2019

DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG



IMPRESSUM

HERAUSGEBER

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Telefon 0711 - 61936-0
www.spd-bw.de

VERANTWORTLICH

Luisa Boos

GESTALTUNG

Simone Höllmüller

KOMMUNALWAHLEN 2019 - WIR KÖNNEN DA WAS REIßEN!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

ja - wir können vor Ort wirklich was reißen, davon sind wir überzeugt.

Am 26. Mai, bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr, haben wir es selbst in der Hand. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern können wir den Grundstein dafür legen, in den kommenden Jahren unsere Städte und Gemeinden weiterzuentwickeln und drängende Probleme zu lösen.

Es ist das Ziel der SPD in Baden-Württemberg, für die Kommunalwahlen im Land gemeinsame Schwerpunkte zu setzen, in den Kommunen stark verankert zu sein und damit auch einen weiteren Schritt für erfolgreiche Landtagswahlen zu gehen. Für mehr bezahlbaren Wohnraum, innovative Mobilitätskonzepte, qualitativ gute und flexible Kinderbetreuung, der Entlastung von Familien, einer wohnortnahen und guten Schulentwicklung oder dem Älterwerden in der vertrauten Umgebung streiten wir in den Gemeinden und im Land gemeinsam. Ihr arbeitet mit so viel Engagement, Leidenschaft und Tatkraft daran die SPD als kommunale Partei zu stärken. Damit begeistert ihr uns und wir sind davon überzeugt, damit können wir auch die Wählerinnen und Wähler begeistern.

Mit diesem Reader zur Kommunalwahl wollen wir euch frühzeitig unterstützen. Das eine sind die Inhalte: Was hat die SPD bei den Koalitionsverhandlungen im Bund durchgesetzt, damit die Kommunen mehr tun können für die Menschen? Was hat sich verändert in Baden-Württemberg, seit die SPD nicht mehr in der Landesregierung ist?

Dazu gehören Anregungen für eure Themensetzung und Beispiele für die Umsetzung in die Praxis - von guter Bildung und Betreuung über zukunftsgerichtete Energieversorgung bis hin zu bezahlbarem Wohnraum.

Das andere sind wichtige rechtliche Hinweise und praktische Hilfsangebote, die ihr immer auch aktuell auf unserer Homepage www.spd-bw.de findet. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft Kommunalpolitik hat unter www.kw2019.sgk-bw.de einen Countdown bis zu den Kommunalwahlen mit vielen praktischen Anregungen gestartet.

Wie bei jeder Wahl kommt es auf jede Stimme an. Bei der Kommunalwahl kommt es aber auch auf jede SPD-Liste an. Nur SPD-Listen tragen zu unserem Landesergebnis bei, an dem wir alle gemessen werden. Deshalb unsere eindringliche Bitte: Helft mit, dass nicht weniger, sondern mehr SPD-Listen als 2014 bei der Kommunalwahl 2019 in unseren Städten und Gemeinden antreten!

Wir danken euch für eure Arbeit und freuen uns auf einen schwungvollen Wahlkampf!



Luisa Boos
Generalsekretärin



Frederick Brütting
stellvertretender Landesvorsitzender

EINEN HINWEIS VORAB

Jede Autorin und jeder Autor hat in ihren bzw. seinem Text die gendergerechte Sprache verwendet, die sie/er für sich gewählt hat. Es wurden redaktionell keine Änderungen an den Texten vorgenommen, so dass eine unterschiedliche Schreibweise durchaus vorkommt.

INHALTSVERZEICHNIS

KAPITEL 1 - LANDTAGSFRAKTION UND DIE LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN

Landespolitischer Gegenentwurf zur grün-schwarzen Landesregierung.....	8
Beiträge des Bundes für die Kommunen	10
Unsere Landesgruppe im Deutschen Bundestag // AnsprechpartnerInnen bei fachlichen Fragen	12
Unsere Fraktion im Landtag // AnsprechpartnerInnen bei fachlichen Fragen	13

KAPITEL 2 - LANDESVERBAND SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

Wichtige Beschlüsse der SPD Baden-Württemberg	16
Druckvorlagen im Länderportal	18
An die Türen, fertig, los! - Die Tür-zu-Tür App.....	19
Kurzer Leitfaden für das Vorgehen bei Ober-/BürgermeisterInnenwahlen.....	20

KAPITEL 3 - IDEEREICHES UND AKTIVES BADEN-WÜRTTEMBERG

Gebührenfreiheit für die Kita	24
Kommunale Schulpolitik	26
Junge Menschen beteiligen & ernst nehmen	28
Kommunale Bürgerbeteiligung	30
Nimm es sportlich – auch in der Kommunalpolitik	34
Umgang mit Rechtspopulist*innen	36

KAPITEL 3 - GERECHTES UND SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG

Wohnen - die Soziale Frage unserer Zeit	40
Geflüchtete in der Kommune	42
Migration: Teilhabe ist der Schlüssel	45
Sicherheit in den Kommunen	46
Kommunale Entwicklungspartnerschaften	48
Digitalisierung in den Kommunen	49

KAPITEL 4 - ERFOLGREICHES UND NACHHALTIGES BADEN-WÜRTTEMBERG

Ländliche Räume	56
Herausforderungen für urbane Räume	58
Wohnen, Leben, Würde - Altersgerechte Stadtentwicklung	60
Bessere Mobilität für die Menschen	62
Wirtschaftsförderung in der Kommune	66
Energieversorgung und Stadtwerke	68
Klimaschutz ist kein Eliteprojekt	70
Von Bienen, Blumen und einem Ziegenbock - Artenschutz in den Kommunen	72

KAPITEL 1

LANDTAGSFRAKTION UND DIE LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



LANDESPOLITISCHER GEGENENTWURF

GRÜN-SCHWARZE LANDESREGIERUNG UND DIE KOMMUNEN

Die Regierungspolitik der SPD war von 2011 bis 2016 durch einen kommunalfreundlichen Kurs geprägt. Dieser Politikstil wurde von der grün-schwarzen Landesregierung beendet. Mit dem Beschluss des Landtags zum Doppelhaushalt 2018/2019 wurde erstmals seit der gesetzlichen Einführung der gemeinsamen Finanzkommission ein Landeshaushalt ohne eine gemeinsame Empfehlung von Regierung und kommunalen Landesverbänden verabschiedet. Dies zeigt, wie zerschnitten das Tischtuch zwischen Land und Kommunen ist und ist die konsequente Fortführung eines kommunalunfreundlichen Kurses, der mit der Erhöhung der Vorwegentnahme zu Lasten der Kommunen im Jahr 2017 begonnen hat.

Die SPD will Herausforderungen im partnerschaftlichen Dialog mit den Kommunen lösen. Denn: Lebenswerte und leistungsfähige Kommunen sind für die SPD von besonderer Bedeutung. Die SPD fordert, dass die Landesregierung die Kommunen stärker unterstützt, insbesondere in den Bereichen Integration, Modernisierung der Schulen, Wohnraumförderung, Breitbandausbau und Sicherung der Nahversorgung und Daseinsvorsorge.

Wie die SPD sich das konkret vorstellt, lässt sich an drei Handlungsbeispielen aus den Bereichen Kinderbetreuung, öffentliche Investitionen und Wohnen zeigen:

BEISPIEL 1

Die SPD fordert von der Landesregierung die Unterstützung der Kommunen auf dem Weg zur Gebührenfreiheit in der frühkindlichen Bildung und Betreuung.

Hohe Qualität der Angebote und der kostenlose Zugang gehören für die SPD zusammen und müssen deshalb parallel vorangetrieben werden. Die Forderung lautet, in einem ersten Schritt zusätzliche Landesmittel in Höhe von 120 Millionen Euro jährlich bereitzustellen, damit die Kommunen ein Kindergartenjahr beitragsfrei stellen können. Zahlt eine Familie zum Beispiel 150 Euro Gebühren pro Monat, bedeutet das beitragsfreie Jahr eine Entlastung von 1.800 Euro im Jahr.

BEISPIEL 2

Die SPD setzt sich dafür ein, dass die öffentlichen Investitionen ansteigen. Deshalb fordern wir, dass die Landesregierung die Investitionskraft der Kommunen stärkt und ihnen zusätzliches Geld zur Verfügung stellt. In der Regierungszeit der SPD sind es durch eine kommunalfreundliche Politik gelungen, dass die öffentlichen Investitionen von rund fünf Mrd. Euro in 2011 auf fast 7,5 Mrd. Euro in 2016 angestiegen sind. In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2018/2019 hat die SPD vorgeschlagen, die Kommunen mit zusätzlich einer Mrd. Euro bei wichtigen Investitionen in Schulen (500 Mio. Euro), Krankenhäuser (117 Mio. Euro), Wohnen (270 Mio. Euro) und Nahverkehr (100 Mio. Euro) zu unterstützen.

Grüne und CDU haben sich allerdings dafür entschieden, den Kommunen für bestimmte Sanierungsinvestitionen nur 370 Mio. Euro zur Verfügung zu stellen (kommunaler Sanierungsfonds). Das ist nicht nur aufgrund der geringen Höhe von 370 Mio. Euro falsch. Es ist vor allem wegen der Zweckbindungen falsch, zulässig sind nämlich nur Sanierungs- oder Ersatzinvestitionen, nicht aber Investitionen für neue Maßnahmen



BEISPIEL 3

Die Kommunen brauchen die Unterstützung der Landespolitik, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Deshalb müssen die Direktförderung an die Kommunen ausgebaut und die Landesmittel für den Wohnungsbau deutlich aufgestockt werden. Außerdem fordert die SPD die Einrichtung einer gemeinnützigen Landesentwicklungsgesellschaft. Diese soll Grundstücke erwerben und zügig entwickeln, dabei auch einen eigenen Wohnungsbestand aufbauen und erhalten. Zugleich soll die Landesentwicklungsgesellschaft als Kooperationspartnerin für Kreise, Gemeinden, kleiner städtischer Wohnungsbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften dienen.

Autor

Rainer Hinderer MdL

Kontakt

E-Mail: Rainer.Hinderer@spd.landtag-bw.de

Telefon: 07131/8987141

BEITRÄGE DES BUNDES FÜR DIE KOMMUNEN

WAS WIR IM KOALITIONSVERTRAG FÜR DIE KOMMUNEN AUSVERHANDELT HABEN

Die SPD hat die Kommunen in der vergangenen Legislaturperiode wirksam entlastet, kräftig unterstützt und handlungsfähiger gemacht wie keine Bundesregierung zuvor. Das wollen wir auch in der aktuellen Legislaturperiode fortsetzen, um das Leben der Menschen spürbar dort zu verbessern, wo sich unser Alltag abspielt, wo sich Lebenschancen entscheiden und, ob der gesellschaftliche Zusammenhalt klappt – in unseren Städten und Gemeinden.

Zusammenhalt für unser Land – unter dieser Überschrift steht der neue Koalitionsvertrag. Die SPD sorgt dafür, dass der Bund weiterhin die Kommunen durch umfangreiche Investitionen unterstützt. Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse. Denn nur dann haben die Menschen gleiche Lebenschancen. Dafür werden wir insbesondere ländliche Räume und belastete Stadtquartiere fördern. Dafür ändern wir das Grundgesetz, damit der Bund wieder direkt investieren kann. Mit diesen Investitionen profitieren Städte ebenso wie ländlicher Raum enorm von den Verhandlungserfolgen der SPD. Bezahlbarer Wohnraum ist längst nicht nur in Ballungsräumen zu einer wichtigen sozialen Frage geworden. Steigende Mieten und teurer werdende Eigenheime stellen Kommunen landesweit vor Herausforderungen. Deshalb werden wir vier Milliarden Euro in den Wohnungsbau investieren, die Bauplanung beschleunigen und für bundeseigene Grundstücke ein Vorkaufsrecht und eine Verbilligung für Kommunen einführen, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Die Städtebauförderung wird auf dem hohen heutigen Niveau weitergeführt.

Die **Förderung des öffentlichen Nahverkehrs** nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz wird von derzeit 330 Millionen bis 2021 auf 1 Milliarde Euro jährlich aufgestockt und dynamisiert.

Bis 2025 sollen **flächendeckende Glasfaser- und hochleistungsfähige Mobilfunknetze** vorhanden sein - überall. Mit dem bevorstehenden Ausbau erreichen wir das Ziel eines flächendeckenden Zugangs zum schnellen Internet aller Menschen in der Stadt ebenso wie im ländlichen Raum. Schulen, Gewerbegebiete, soziale Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft und Krankenhäuser werden wir bereits in dieser Legislaturperiode direkt an das Glasfasernetz anbinden.

Alle Kinder sollen die gleichen Chancen haben, unabhängig von der Herkunft. Deshalb investieren wir massiv in moderne Schulen und gute Bildung, so viel wie niemals zuvor. Damit der Bund Kommunen bei der Bildung helfen kann, schaffen wir das Kooperationsverbot ab. Mit dem Gute-Kita-Gesetz verbessern wir die Qualität der Kitas. Der Bund gibt finanzielle Unterstützung und den Rahmen vor, die Länder können eigene Schwerpunkte setzen, wofür sie die insgesamt 3,5 Milliarden Euro einsetzen. Damit fördern wir die Verbesserung der Betreuung ebenso wie die Gebührenbefreiung. Ein Ganztagsangebot in der Grundschule ist ein wichtiger Baustein für mehr Chancengleichheit für Kinder und Eltern. Das Angebot hilft besonders den Kindern, die nicht von ihren Eltern zu Hause beim Lernen unterstützt und gefördert werden können. Für die Kommunen ist das ein sehr wichtiges Instrument, um Menschen in benachteiligten Milieus zu unterstützen.

Das erfolgreich erprobte Modellprojekt für Langzeitarbeitslose „**Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt**“ wird künftig zu einem Regelinstrument für alle Jobcenter in Deutschland weiterentwickelt. Damit bekommen Langzeitarbeitslose die Chance auf eine längerfristige öffentlich geförderte Beschäftigung.

So sollen diejenigen erreicht werden, die es besonders schwer haben, wieder eine Arbeit zu finden, darunter zu einem erheblichen Teil Menschen zwischen 50 und 65 Jahren. Je länger Suche nach Arbeit erfolglos bleibt, umso schwieriger wird der Weg in Arbeit. Daher braucht es individuell ausgerichtete Unterstützung, um auch denen, die die Hoffnung auf Arbeit oft schon aufgegeben haben, eine Perspektive und neue Teilhabechancen zu eröffnen: in öffentlich geförderter Arbeit. Dafür erhöhen wir den Eingliederungstitel in der Legislaturperiode um insgesamt vier Milliarden Euro. Zusätzlich werden wir den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer ermöglichen und damit Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Ein besonderer Fokus liegt auf der Unterstützung von Familien und Alleinerziehenden und der Bekämpfung von Kinderarmut. So erhöhen wir den Kinderzuschlag und gestalten seine Inanspruchnahme unbürokratischer aus. Und wir verbessern das Bildungs- und Teilhabepaket für einkommensschwache Familien.

Die **Einführung eines sozialen Arbeitsmarkts** ist ein großer Schritt im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit, von dem insbesondere strukturschwache Regionen profitieren. Er setzt an den Wurzeln hoher Sozialkosten an und ist eine langjährige kommunale Forderung. Den Betroffenen ermöglicht er mehr Teilhabe, genauso wie die Maßnahmen gegen Kinderarmut. Mit der Grundrente 10 Prozent über der Grundsicherung für alle, die ein Leben lang gearbeitet haben, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, honorieren wir Lebensleistung und bekämpfen Altersarmut. Das sind wichtige Elemente in der

kommunalen Vorsorge gegen soziale Problemlagen. Sie fördern Kommunen, verbessern die Situation der Menschen vor Ort und schaffen mehr Gerechtigkeit – SPD pur. Wir verbessern zudem die medizinische und pflegerische Versorgung, indem wir neue Stellen in der Pflege schaffen, Wegezeiten besser honorieren und regionale Zuschläge für Ärztinnen und Ärzte einführen, die in unterversorgten ländlichen Räumen praktizieren.

Die **Grund- und Gewerbesteuer** sind zwei der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen. Die Grundsteuer wird verfassungsfest reformiert, sodass das jährliche Aufkommen erhalten bleibt, eine spezielle Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke führen wir ein. Die Bundesbeteiligung an den Integrationskosten (Integrationspauschale, Kosten der Unterkunft für anerkannte Asylbewerber, Pauschale für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) führen wir fort und stellen dafür 8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Autor

Martin Rosemann MdB,
Vorsitzender der SPD-Landesgruppe
Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag

Kontakt

E-Mail: bw-lg.spd@bundestag.de

UNSERE LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

ANSPRECHPARTNERINNEN FÜR FACHLICHE FRAGEN

ABGEORNDETE/R	THEMEN	KONTAKTDATEN	
		TELEFON	HOMEPAGE
Heike Baehrens	Gesundheit, Pflege	030 - 227 74157	heike-baehrens.de
Lothar Binding	Finanzen	030 - 227 73144	lothar-binding.de
Leni Breymaier	Familie, Senioren, Frauen und Jugend	030 - 227 75472	leni-breymaier.de
Prof. Dr. Lars Castellucci	Inneres, Migration und Integration	030 - 227 73490	lars-castellucci.de
Saskia Esken	Inneres, Digitalisierung, Digitale Bildung	030 - 227 75205	saskiaesken.de
Dr. Johannes Fechner	Recht und Verbraucherschutz	030 - 227 75227	johannesfechner.de
Martin Gerster	Haushalt, Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen, Verteidigung	030 - 227 74711	martin-gerster.de
Josip Juratovic	Auswärtiges, Integrationspolitik	030 - 227 70107	josip-juratovic.de
Gabriele Katzmarek	Wirtschaft und Energie	030 - 227 75106	gabriele-katzmarek.de
Christian Lange	Justiz und Verbraucherschutz	030 - 227 77102	lange-spd.de
Katja Mast	Arbeit und Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend	030 - 227 73755	katja-mast.de
Hilde Mattheis	Gesundheit	030 - 227 75142	hilde-mattheis.de
Dr. Martin Rosemann	Arbeit und Soziales	030 - 227 72703	martin-rosemann.de
Dr. Nils Schmid	Auswärtiges, Verkehr und digitale Infrastruktur	030 - 227 78310	nils-schmid.spd.de
Rita Schwarzelühr-Sutter	Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	030 - 227 73071	schwarzelühr-sutter.de
Ute Vogt	Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	030 - 227 72894	ute-vogt.de

UNSERE FRAKTION IM LANDTAG**ANSPRECHPARTNERINNEN FÜR FACHLICHE FRAGEN**

ABGEORNDETE/R	THEMEN ARBEITSKREISE - AUSSCHÜSSE	KONTAKTDATEN TELEFON
Sascha Binder	Recht und Verfassung Inneres, Migration + Digitalisierung	0711 - 2063-749
Daniel Born	Kultus, Jugend und Sport Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Wirtschaft, Arbeit, Wohnungsbau	0711 - 2063-7101
Wolfgang Drexler	Europa, Internationales und Tourismus Vorsitzender Untersuchungsausschusses NSU II	0711 - 2063-230
Stefan Fulst-Blei	Kultus, Jugend und Sport Wirtschaft, Arbeit, Wohnungsbau	0711 - 2063-741
Reinhold Gall	Recht und Verfassung // Ländlicher Raum Parlamentarischer Geschäftsführer	0711 - 2063-740
Gernot Gruber	Finanzen // Umwelt, Klima, Energiewirtschaft	0711 - 2063-757
Rainer Hinderer	Inneres, Migration und Digitalisierung Soziales, Integration	0711 - 2063-747
Peter Hofelich	Finanzen Europa, Internationales und Tourismus	0711 - 2063-750
Andreas Kenner	Soziales, Integration // Petitionen	0711 - 2063-7102
Gerhard Kleinböck	Kultus, Jugend und Sport // Verkehr	0711 - 2063-752
Gerog Nelius	Ländlicher Raum // Petitionen	0711 - 2063-782
Martin Rivoir	Wissenschaft, Forschung und Kunst // Verkehr	0711 - 2063-751
Gabi Rolland	Wissenschaft, Forschung und Kunst Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	0711 - 2063-780
Ramazan Selcuk	Wissenschaft, Forschung und Kunst // Verkehr	0711 - 2063-7104
Rainer Stickelberger	Inneres, Migration und Digitalisierung // Finanzen	0711 - 2063-766
Andreas Stoch	Fraktionsvorsitzender	0711 - 2063-720
Jonas Weber	Recht und Verfassung // Ländlicher Raum	0711 - 2063-782
Boirs Weirauch	Wirtschaft, Arbeit, Wohnungsbau // Petitionen	0711 - 2063-7114
Sabine Wölfle	Soziales, Integration Europa, Internationales und Tourismus	0711 - 2063-756

KAPITEL 2

LANDESVERBAND SPD BADEN-WÜRTTEMBERG



WICHTIGE BESCHLÜSSE DER SPD BADEN-WÜRTTEMBERG

IM HINBLICK AUF DIE KOMMUNEN

BEZAHLBARER WOHNRAUM



- Mittel der Sozialen Stadt auf 200 Millionen verdoppeln. Zweckentfremdungsverbote flächendeckend stärker nutzen und dahingehend weiterentwickeln, dass es auch zum Vorgehen gegen Eigentümer ermächtigt, deren Wohnungen bereits zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der kommunalen Satzung leer standen oder als Ferienwohnung genutzt wurden.
- Prüfen, ob ein kommunales Vorverkaufsrecht, befreit von der Grunderwerbssteuer, möglich ist.
- Förderung von generationsübergreifende Wohnprojekte und barrierefreie Umbaumaßnahmen.
- Die Förderung für barrierefreien Umbau wollen wir auch vor Ort stärker ausweiten um ein gutes Leben im Alter zu ermöglichen und so auch die Belastung der Pflegeeinrichtungen reduzieren.
- Konzeptpreisvergabe statt Höchstpreisvergabe bei Grundstücksverkäufen auf kommunaler Ebene.
- Mittel für den sozialen Wohnungsbau auf 500 Millionen Euro erhöhen, um direkte Zuschüsse pro gebautem Quadratmeter zu unterstützen.
- Es ist richtig, dass das Land künftig Träger des sozialen Wohnungsbaus durch direkte Zuschüsse pro gebautem Quadratmeter beim sozialen Wohnungsbau unterstützt.
- Gerade für die Kommunen und kommunale Wohnungsbauunternehmen muss diese Förderung jedoch in ausreichendem Umfang, etwa im Rahmen der Erhöhung der Mittel auf 500 Millionen Euro, stattfinden, damit eine signifikante Wirkung landesweit erzielbar ist.



FAMILIEN ENTLASTEN

- Gebührenfreiheit für Kitas und Kindergärten.

KOMMUNEN BEI BREITBAND AUSBAU FINANZIELL ENTLASTEN

- Kosten, die Kommunen bei der Verlegung von Leerrohren oder Glasfasern entstehen, sind ihnen durch Förderprogramm vollständig zu erstatten.
- Im Gegenzug erhalten die Fördermittelgeber zehn Jahre lang die mit dem Glasfasernetz erzielten Mieteinnahmen.
- Im Anschluss kommen die Einnahmen den Kommunen zugute.



DEMOGRAPHIESENSIBLE KOMMUNALPOLITIK



- Zusammendenken der unterschiedlichen Bedürfnisse und Interessen anstatt Bedürfnisse einzelner Gruppen (Kinder, Jugendliche, Behinderte, Ältere, usw.) isoliert voneinander behandeln.

KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR EU-BÜRGER



KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN



- Finanzielle Einzelförderungen sollen auf Ausnahmefälle begrenzt werden.
- Reduzierung von Mischzuständigkeiten.
- Kommunen und Gemeinden benötigen entsprechende, finanzielle Spielräume, die es durch den Bund und speziell durch die Länder herzustellen und zu sichern gilt.

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN

- Ablehnung des gesonderten Demografiebonus' zu Lasten aller anderer Kommunen.
- Schaffung eines materiellen Anreizes zur interkommunalen Aufgabenerledigung.



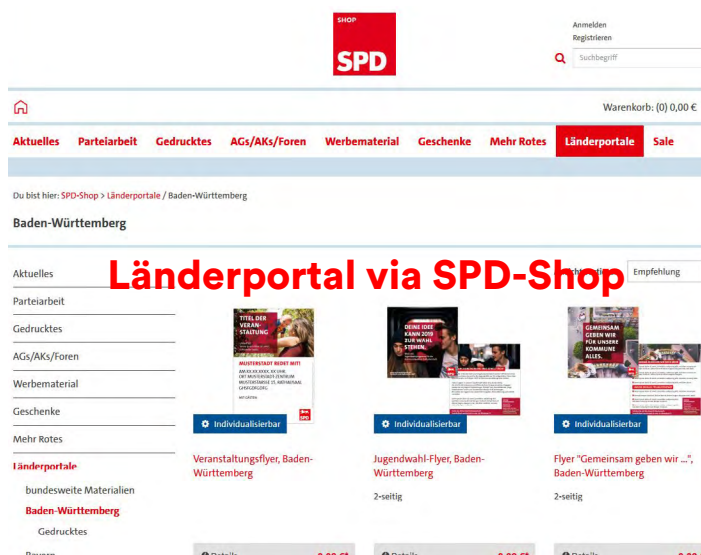
DRUCKVORLAGEN IM LÄNDERPORTAL

INDIVIDUELL NUTZBAR, HERUNTERLADEN ODER DIREKT DRUCKEN LASSEN

FLYER-VORLAGEN IM LÄNDERPORTAL

Wir haben drei Templates erstellt, die individuell gestaltet und ausgedruckt werden können. Ihr habt die Möglichkeit, die Flyer im SPD-Shop zu bestellen und nach Hause liefern zu lassen.

Neben einem **klassischen Veranstaltungsflyer** bieten wir zwei quadratische Formate an. Mit dem **Jugendflyer** könnt ihr junge Menschen direkt ansprechen und bei der Programmgestaltung einbinden. In Baden-Württemberg liegt das Kommunalwahlalter bei 16 Jahren und Jugendliche sind damit eine wichtige Zielgruppe. Zudem können Erfolge und zukünftige Vorhaben eurer Fraktion vor Ort in einem **Bilanz-Flyer** vermittelt werden.



Die Materialien werden direkt im **Länderportal des SPD-Shop** bearbeitet! Für den Login im SPD-Shop benötigt ihr entweder eure SPD-Zugangsdaten („Mein Bereich“) oder ihr erstellt einen neuen Account.

Hier gehts zum Länderportal im SPD-Shop: <https://shop.spd.de/>

KAMPAGNENPAKET FÜR DIE KOMMUNALWAHL

Mit einer landesweiten Kampagne für die Kommunalwahl wollen wir als SPD Baden-Württemberg mit einem einheitlichen Auftritt für möglichst viel Wiedererkennung und Zuordnung in der Fläche sorgen. Auch die Europawahl haben wir fest im Blick und werden da Synergieeffekte nutzen.

Für euch und euren Wahlkampf in den Kommunen vor Ort werden daher ab Dezember 2018 individualisierbare Vorlagen für die Kommunalwahl und auch Materialien für die Europawahl im Länderportal hinterlegt sein. Diese Vorlagen können ohne grafische Vorkenntnisse bearbeitet werden. Ebenso gibt es die Möglichkeit diese herunterzuladen oder/und direkt drucken zu lassen. Eine schnelle und einfache Handhabung wollen wir euch ermöglichen. Dies beinhaltet auch, dass wir Euch ein Handbuch mit Anleitungen und Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

AN DIE TÜREN, FERTIG, LOS!

TÜR-ZU-TÜR WAHLKAMPF

TÜR-ZU-TÜR WAHLKAMPF

Ein Weg direkt in den Austausch zu kommen, sind Gespräche an der Haustür. Wir kommen zu den Menschen und sprechen damit auch diejenigen an, die wir nicht durch Aktionsstände oder andere Veranstaltungsformen erreichen. Besonders für Kandidatinnen und Kandidaten ist dies ein sehr erfolgreicher Weg um sich bekannt zu machen. Klingeln lohnt sich!

WIE MOTIVIERE ICH MITGLIEDER FÜR TÜR-ZU-TÜR

Tür-zu-Tür Wahlkampf kostet Überwindung. Das Klingeln an der ersten Tür ist immer aufregend und neu. Schließlich weiß man nie, was einen erwartet. Die Erfahrung zeigt aber, dass die allermeisten nach ihrer ersten Tür-zu-Tür Erfahrung begeistert sind und dabei bleiben. Unser Ziel ist es also, unsere Freiwilligen zu einem ersten Besuch mitzunehmen. Dann stellen sie selbst fest, dass die Gespräche Spaß machen und die Menschen positiv reagieren.

Hier wollen wir euch drei Tipps geben, wie ihr Mitglieder zum Tür-zu-Tür Wahlkampf motivieren könnt:

GEMEINSAMER TÜR-ZU-TÜR AUFTAKT

Tür-zu-Tür Wahlkampf ist ein Teamformat und keine Einzelkämpferaktion. Nicht nur, dass man im 2er-Team loszieht, zusammen macht auch die Vorbereitung und die Nachbereitung am meisten Spaß. Für viele ist es in der Gruppe leichter die Hemmungen zu überwinden und sich an die Türen zu trauen. Es ist daher empfehlenswert, einen gemeinsamen Tür-zu-Tür Auftakt zu planen.

TÜR-ZU-TÜR TANDEMS

Einigen Genossinnen und Genossen fällt es schwer zum ersten Mal von Tür zu Tür zu gehen. Hier kann es helfen gezielt Tür-zu-Tür Tandems zu bilden. Ein/e skeptische/r Freiwillige/r geht also mit einem/r erfahrenen/m Tür-zu-Tür WahlkämpferIn los. Am Anfang kann er/sie nur die Ergebnisse in der App notieren und die Gespräche beobachten. Schon bald wird er/sie merken, dass die Menschen äußerst positiv reagieren und die Besuche Spaß machen. Im Verlauf der Aktion oder bei der nächsten kann er/sie auch das Gespräch führen und eigene Erfahrungen sammeln. So können wir Hemmungen abbauen.

WETTBEWERB

Tür-zu-Tür Wahlkampf eignet sich natürlich hervorragend für kleinere, teaminterne Wettbewerbe. Welcher Freiwillige hat an den meisten Türen geklopft? Wer hat die meisten Fragen gestellt? Oder bei welchem Team gingen die meisten Türen auf? Die Antworten auf diese Fragen könnt ihr dank unserer Tür-zu-Tür App in euren Wahlkreis Auswertungen sehen.

DIE TÜR-ZU-TÜR APP

Mit der Tür-zu-Tür App unterstützen wir Deinen Wahlkampf und machen ihn noch effektiver! Du kannst hier die Ergebnisse eintragen – schnell, direkt und unkompliziert.

Gehe auf folgende Seite:

www.spd.de/kampagne/tuer-zu-tuer/

und logge Dich davor mit Deinen SPD-Zugangsdaten („Mein Bereich“) ein.

KURZER LEITFADEN

FÜR DAS VORGEHEN BEI OBER- / BÜRGERMEISTERWAHLEN

Im Gemeinderat ist der Wahltermin so festlegen, dass ein kompakter Wahlkampf möglich ist.

Zur Vorbereitung des (Ober-)Bürgermeisterwahlkampfes sind dessen Besonderheiten zu bedenken und die örtliche Lage zu analysieren. Dazu gehört die Klärung der Bewerberlage (Tritt Amtsinhaber/in wieder an? Wer ist bereits als Interessent/in bekannt?)

Wenn ein/e Bewerber/in gesucht wird, die Suche vor Ort koordinieren, neben der Suche der örtlichen Partei zusätzlich an SPD-Kreis- und Landesverband wenden.

Wenn ein/eine Bewerber/in gefunden ist, der/ die mit SPD verbunden und von ihr unterstützt wird, nach Beratung mit dem SPD-Landesverband Wahlkampfstrategie festlegen und Wahlkampf-vorbereitungen treffen.

Erst danach: erster öffentlicher Auftritt der Bewerberin/des Bewerbers und damit Bekanntwerden des Namens.

Zur Strategiefindung und Festlegung der Wahlkampfaktivitäten einige Stichworte zu dem, was wichtig ist für den Erfolg bei Bürgermeister- und Oberbürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg:

Wer eine Bürgermeister- oder Oberbürgermeisterwahl gewinnen möchte, muss die Faktoren bedenken, die zum Erfolg beitragen. Nicht nur die Bewerber/innen, sondern auch die Unterstützer/innen müssen vor dem ersten öffentlichen Auftritt eine gemeinsame Strategie für den Wahlkampf entwickeln.

WESENTLICHE MERKPUNKTE FÜR DEN ERFOLG BEI (OBER-)BÜRGERMEISTERWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG SIND:

- Örtliche Parteien und Wählervereinigungen wägen bei der Entscheidung über die Unterstützung ab, mit wem sie die Wahl gewinnen können
- Entwicklung einer passenden Wahlkampfstrategie
 - eine für den Ort und die Umstände passende
 - vor dem Beginn des Wahlkampfes und unbedingt vor dem ersten öffentlichen Auftritt
- Den Wahlkampf sorgfältig planen:
 - Welche Botschaften werden ausgesandt?
 - Zeitschiene
 - Welche Aktivitäten?
 - Wer macht was?
 - Finanzierung

- Planung umsetzen: Wahlkampf zielt auf überzeugen und (zum Ende zunehmend) mobilisieren
- Gewählt wird der/die (Ober-)Bürgermeister/in von allen und für alle Bürger/innen
- Leitbild für den öffentlichen Wahlkampfauftritt (persönlich und medial), der sich an alle richtet: (Ober-)Bürgermeisterin für alle, die/der unabhängig von Einzelinteressen für das Gemeinwohl eintritt
- Gewählt wird eine Person, keine Partei; sie kann Wähler/innen überzeugen, wenn nicht andere Bindungen dagegen stehen
- Parteiorientierte Wähler/innen müssen gesondert gewonnen und mobilisiert werden
- Die Unterstützung durch Parteien und Wählervereinigungen wird mit zunehmender Einwohnerzahl der Wahlkommune wichtiger
- Örtlich wichtige Themen müssen sachgerecht aufgegriffen werden
- Im Wahlkampf sind Perspektiven für die Entwicklung der Gemeinde aufzuzeigen
- Angesichts niedriger Wahlbeteiligungen wird Wählermobilisierung immer wichtiger
- Die offizielle Kandidatenvorstellung muss intensiv vorbereitet werden
 - deren Bedeutung steigt umgekehrt proportional zur sinkenden Einwohnerzahl
- Der Amtsbonus wiegt unterschiedlich schwer
 - Amtsinhaber/innen gefährden ihre Wiederwahl v.a. durch Kommunikationsprobleme
- Die Bereitschaft der Wählerschaft ist groß, zum parteipolitischen Wechsel an der Verwaltungsspitze beizutragen
- Das Zutrauen, dass eine Gemeinde gut verwaltet wird, ist in eine wichtige Voraussetzung für die Wahl ins (Ober-)Bürgermeisteramt;
 - „Verwaltungslaien“ haben bei Nichtwiederwahlen mehr Chancen als bei Neuwahlen
- Wer von außen kommt, hat es leichter, gewählt zu werden
 - bei Nichtwiederwahlen, in durch badische Traditionen geprägten Gebieten und in großen Städten steigen die Chancen einheimischer Bewerber/innen
- Die Faktoren der Wahlentscheidung wirken zusammen, kaum erklärt nur ein Faktor den Erfolg – sie werden in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich gewertet

Autor

Dr. Erich Holzwarth

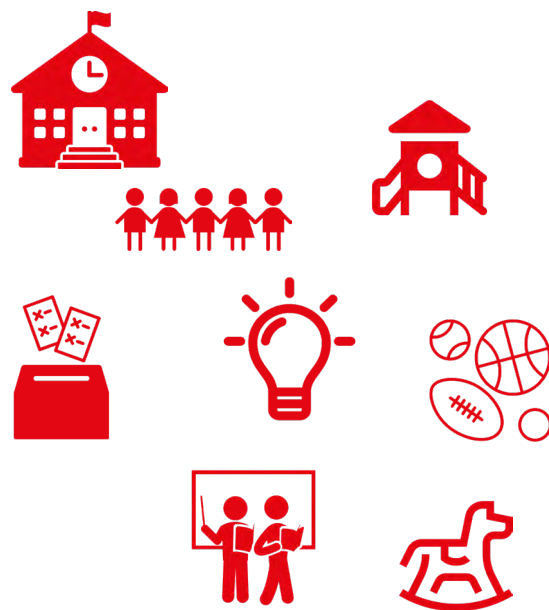
Kontakt

E-Mail: Erich.Holzwarth@spd.de

Telefon: 0711/61936-41

KAPITEL 3

IDEENREICHES UND AKTIVES BADEN-WÜRTTEMBERG



GEBÜHRENFREIHEIT FÜR DIE KITA

UNSER (WAHL-) KAMPFTHEMA

Im Blick auf die Kommunalwahl am 26. Mai 2019 ist eines heute schon klar: Das Thema Kinderbetreuung steht ganz oben auf unserer Tagesordnung. Denn so viel sich hier in den letzten Jahren auch getan hat – bei den Plätzen und bei der Qualität –, bleibt weiterhin viel zu tun. Und das gilt insbesondere für die Gebührenfreiheit – als Entlastung für Familien.

VIEL GETAN: SPD WAR VORREITERIN!

Wir erinnern uns: Seit fast auf den Tag genau ist es fünf Jahre her, dass auch Kinder unter drei Jahren (besser gesagt: von 1 bis 3) in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz haben. Das war ein harter Kampf gegen viele gesellschaftliche und finanzielle Widerstände. Zeitgleich ist Baden-Württemberg in gerade einmal fünf Jahren von Grün-Rot vom bundesweiten Schlusslicht bei den Betreuungsplätzen und in der Qualität auf einen Spitzenplatz gerückt, etwa in der Relation Fachkraft zum Kind. Nils Schmid hat damals mit massiven Investitionen im „Pakt für Familien“ das Familienleitbild von Erwin Teufel endgültig in den Ruhestand geschickt. Das war ein Verdienst der SPD und nicht der Grünen. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Denn natürlich ist längst noch nicht alles gut. Es wird Zeit, Familien in Baden-Württemberg nach diesen quantitativen und qualitativen Erfolgen endlich auch finanziell spürbar zu entlasten – und zwar angefangen von mehr bezahlbarem Wohnraum bis eben hin zum Einstieg in die Beitragsfreiheit, wie dies in anderen Bundesländern längst gang und gäbe ist (siehe Rheinland-Pfalz). Denn vor ein paar Wochen erst hat die neue Bertelsmann-Studie wieder deutlich gemacht, dass gerade Familien mit geringem und mittlerem Einkommen durch Kita-Gebühren übermäßig stark belastet werden.

VIEL ZU TUN: GRÜN-SCHWARZ IST BREMSKLOTZ

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ist mit ihrem „Gute Kita-Gesetz“ nun in die Offensive gegangen und stellt Fördermittel für Qualität und Gebührenfreiheit in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir haben als SPD Baden-Württemberg die Landesregierung aufgefordert, nun die Fördermittel für das Land für Kinder im Vorschulalter zu verdreifachen und damit Schritt für Schritt Gebührenfreiheit in Baden-Württemberg zu erreichen – Steuereinnahmen gibt es mehr als genug! Die grün-schwarze Koalition muss dafür nur ihre ideologische Blockadehaltung aufgeben und die Bemühungen unserer Städte und Gemeinden, Kita-Gebühren sozial zu staffeln oder am besten ganz abzuschaffen, unterstützen.

Bislang herrscht hier in den Kommunen ein unübersichtlicher Flickenteppich mit unterschiedlichsten Regelungen – mit durchaus positiven Ansätzen wie zum Beispiel der Familiencard in Stuttgart. Und einzelne Städten sind, schon von sich aus in die Gebührenfreiheit eingestiegen. Zum Beispiel die Stadt Heilbronn.

VIEL VORZUWEISEN: DAS BEISPIEL HEILBRONN

Heilbronn hat schon vor über zehn Jahren (!) als bundesweit erste Großstadt beschlossen, die Gebühren für den Besuch des Regelkindergartens abzuschaffen. Ab 2008 entfielen die Elternbeiträge für alle Kinder ab drei Jahren – und das unabhängig von der Anzahl der Betreuungsstunden pro Tag. Freie und kirchliche Träger bekommen die Gebührenaufschläge von der Stadt erstattet.

Nach wie vor bezahlt werden muss das Essen im Rahmen der Ganztagsbetreuung, hier gibt es aber für einkommensschwache Familien Zuschüsse, sodass das Essen nur 1 Euro pro Tag kostet.

BESUCHSQUOTE GESTIEGEN

Seitdem der Besuch des Kindergartens kostenlos ist, hat sich die ohnehin bereits hohe Besuchsquote noch einmal auf jetzt 97 Prozent gesteigert. Ganz wichtig ist dabei, dass deutlich weniger Kinder erst mit vier oder fünf Jahren in den Kindergarten kommen und dass sie auch länger bleiben. Der gebührenfreie Kindergarten ist außerdem ein Standortvorteil: Wenn Familien mit kleinen Kindern oder Kinderwunsch in die Region Heilbronn ziehen, ist der kostenlose Kindergartenbesuch ein Argument, sich für die Stadt zu entscheiden. Auch deswegen entwickelt sich die Einwohnerzahl in Heilbronn auch in den jüngeren Generationen nach oben.

BEITRAGSFREIHEIT UND QUALITÄTSOFFENSIVE

In der Diskussion im Vorfeld der Gemeinderatsentscheidung kam damals schnell die Befürchtung auf, dass der Verzicht auf Gebühren zu einer Minderung der Betreuungsqualität führen könne. Diese Argumentation gibt es ja allgemein bis heute. Um diesen Ängsten zu begegnen, wurde eine Qualitätsoffensive aufgelegt, die Maßnahmen zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels, Mittel zur Umsetzung des Orientierungsplans und Geld für bauliche Veränderungen für Ganztagsangebote enthielt. Die Botschaft war klar: Wir entlasten die Familien und setzen gleichzeitig die Standards nach oben!

Zum Geld: 2008 belief sich der reine Gebührenausschlag auf 2,4 Millionen Euro im Jahr, mittlerweile sind es rund vier Millionen, durch mehr Kinder und längere Betreuungszeiten. Eine Zahl, die auf den ersten Blick hoch aussehen mag – setzt man sie jedoch ins Verhältnis zum Haushaltsvolumen der Stadt von 470 Millionen, relativiert sich dieser

Eindruck schnell. Es geht hier um Prioritätensetzung!

VIEL VOR: BEI DER KOMMUNALWAHL AN EINEM STRANG ZIEHEN

Das Aufstellen eines Haushalts ist immer das Abwägen zwischen einzelnen Maßnahmen und das Bilden von Schwerpunkten, das weiß jeder Kommunalpolitiker und jede Kommunalpolitikerin. Auch mit Blick auf den Kommunalwahlkampf lohnt es sich, in seiner Kommune einmal nachzufragen, wie hoch die Gebührenausschläge zum Beispiel für das letzte Kindergartenjahr wären, sollte man dieses kostenfrei stellen. Diese Summe ist meistens bedeutend niedriger, als man sie geschätzt hat. Und schon erscheint die Frage, ob der kommunale Haushalt Einnahmeherausfälle in dieser Höhe verkraften würde, in einem ganz anderen Licht.

Bei der Beitragsfreiheit in der Kinderbetreuung können wir als SPD in Bund, Land und in den Kommunen hervorragend an einem Strang ziehen. Lasst uns das gemeinsam anpacken – als unser Kampftema für die Kommunalwahl und für Familien in Baden-Württemberg!

Autorinnen und Kontakt

Luisa Boos
Generalsekretärin
E-Mail: Luisa.Boos@spd.de
Tel.: 0711/6193639

Tanja Sagasser Beil
Stadträtin und Geschäftsführerin
der SGK Baden-Württemberg e.V.
E-Mail: sagasser@gmail.com
Tel.: 07131/783625

KOMMUNALE SCHULPOLITIK

Die Paragraphen 27ff. des Schulgesetzes definieren die Bedingungen für Gemeinden und Landkreise als Schulträger. Demnach gilt grundsätzlich als Schulträger, wer die sächlichen Kosten der Schule trägt.

Schulpolitische Entscheidungen auf Landesebene können aber sächliche – insbesondere bauliche – Veränderungen in den einzelnen Schulen notwendig machen. Für diese Veränderungen verlangen die Kommunen einen finanziellen Ausgleich vom Land. Das sich daraus ergebende Konfliktpotential kann auch personelle Fragen und damit Stellenbesetzungen betreffen. Diese Stellen müssen nicht immer zwingend mit Lehrkräften besetzt werden, wie bei der Schulsozialarbeit oder bestimmten Angeboten im Rahmen des Ganztagsbetriebs. Ein sich in den nächsten Jahren verschärfender Konflikt bezüglich der Kostenaufteilung zwischen Kommunen und Land wird die Sanierung von Schulgebäuden darstellen. Damit sind auch eng Fragen der Digitalisierung der Schulen und der Inklusion verbunden.

Zu diesen potentiellen Konfliktthemen nehmen wir folgende Positionen ein:

GANZTAG

Die Ganztagschule an Grundschulen und Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) wurde in der letzten Legislatur vom SPD-Kultusministerium erstmals im Schulgesetz verankert. Im Sinne einer verbesserten Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit lag der Schwerpunkt klar auf der rhythmisierten Ganztagschule, die in unterschiedlichen Zeitmodellen eingerichtet werden konnte. Flexible Betreuung konnten darüber hinaus von kommunaler Seite weiterhin angeboten werden, um den Eltern möglichst umfassende Betreuungszeiten anzubieten.

Aus den Erfahrungen seit Einführung haben sich mehrere Handlungsfelder für eine Weiterentwicklung des Ganztags ergeben. Dazu gehört die Entlastung der Schulleitungen von Leitungsaufgaben, Einführung der Ganztagschule in Klassen 5-7, Vereinfachung von Verwaltungshandeln sowie die konsequentere Kooperation mit außerschulischen Partnern.

Derzeit (Sommer 2018) überarbeitet die Landesregierung die Bestimmungen für die Ganztagschulen. Erste Informationen, die hierzu durchgedrungen sind, lassen darauf schließen, dass es zu organisatorischen Vereinfachungen für die Schulleitungen kommen wird. Die Ministerin probt aber weiterhin den Spagat zwischen dem Bekenntnis zu einem qualitätsvollen, rhythmisierten sowie gebundenen Ganztagsangebot und der reinen Betreuung am Nachmittag. Ein Konzept, wie das Ganztagsangebot ausgebaut werden kann, hat sie bislang nicht. Unsere Haltung hierzu ist eindeutig: Es darf keine Verwässerung des pädagogisch qualitätsvollen Ganztagsangebots geben. Eine Förderung der Betreuungsangebote kann zusätzlich erfolgen, sollte aber nicht zu Lasten des rhythmisierten Ganztags gehen.

SCHULSOZIALARBEIT

In der letzten Legislatur hat die SPD die Förderung von Schulsozialarbeit massiv auf jährlich 25 Millionen ausgebaut. Das Aufgabenfeld von Schulen hat sich durch steigende Heterogenität in den Klassenzimmern, den Ausbau der Ganztagschule sowie die Integration und Inklusion enorm verändert. Dem Umstand, dass neben der Wissensvermittlung auch andere Herausforderungen zu meistern sind, muss Rechnung getragen werden, u.a. indem mittelfristig alle Schulen mit Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern versorgt werden.

Diese sind ein essentieller Bestandteil der multiprofessionellen Teams, die perspektivisch an Schulen aufgebaut werden müssen. Hierzu bietet das Positionspapier „Faire Arbeitsbedingungen für gute Lehrkräfte in unserem Land“ weitere Informationen.

DIGITALISIERUNG

Forderung der SPD im letzten Bundestagswahlkampf war die Aufhebung des Kooperationsverbotes, so dass der Bund die Kommunen beim Thema Bildung direkt unterstützen kann. Diese Aufhebung ist auf dem Weg und mit dem „Digitalpakt Schule“ fließen für den Bereich Digitalisierung voraussichtlich ab 2019 Gelder. Geplant sind für diese Legislaturperiode 3,5 Mrd. Euro bundesweit, wovon rund 650 Millionen auf Baden-Württemberg entfallen sollten. Wie diese Gelder an die Kommunen verteilt werden, ist derzeit noch nicht klar. Eine Eigenbeteiligung der Kommunen in Höhe von 10-50% ist derzeit noch Verhandlungsmasse zwischen dem Bund und den Ländern. Einmal abgesehen von Sonderprogrammen wie z.B. dem Tablet-Schulversuch ist die digitale Ausstattung der Schulen Aufgabe des Schulträgers. Im Rahmen der Förderung der Schulsanierung gibt es in geringem Umfang die Möglichkeit auch die Digitalisierung zu berücksichtigen, z.B. bei der Verlegung von Kabeln. In unserem Positionspapier „Fit für die digitale Zukunft“ fordern wir u.a. die Bereitstellung von Landesmitteln für die digitale Modernisierung der Schulen. Bedingung hierfür ist, dass die Schulen einen „Medienentwicklungsplan“ vorlegen können.

SCHULBAU

Bisher stehen für die Sanierung von Schulen zwei Instrumente zur Verfügung:

1. Kommunalen Schulbausanierungsfonds des Landes
2. Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes (für finanzschwache Kommunen)

Als problematisch gelten beim Landes- und Bundesprogramm die knappen Fristen zur Antragseinreichung, sowie der enge Zeitrahmen für die Fertigstellung und die Befristung der Fonds generell.

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2018/19 haben wir ein eigenes kommunales Investitionspakets für die beiden Haushaltsjahre in Höhe von 500 Millionen Euro für die Sanierung und Modernisierung von Schulgebäuden gefordert, da sich der aktuelle Sanierungsstau auf bis zu 4 Milliarden Euro belauft. Auch soll der Fördertatbestand Modernisierung in die Schulbaurichtlinien aufgenommen werden.

INKLUSION

In der letzten Legislatur hat die SPD mit der Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs Mittel für die schulische Inklusion und die Kindertagesbetreuung bereitgestellt. Unsere Vorstellungen, wie Inklusion gelingen kann, haben wir in dem Positionspapier „Die inklusive Schule – Von der Vision zur erfolgreichen Praxis“ formuliert. Hierin fordern wir unter anderem die Erarbeitung von „Inklusionsentwicklungsplänen“ an allen Schularten sowie landesweit einheitliche Verfahren bei der Feststellung des Anspruchs auf ein sonderpädagogisches Bildungsangebot, Schulwegekonferenzen und die Sicherstellung der Beratung der Eltern.

Autoren und Kontakt

Dr. Stefan Fulst-Blei MdL
Bildungspolitischer Sprecher
E-Mail: stefan.fulst-blei@spd.landtag-bw.de

Daniel Born MdL
Sprecher für frühkindliche Bildung
E-Mail: daniel.born@spd.landtag-bw.de

Gerhard Kleinböck MdL
Schulpolitischer Sprecher
E-Mail: gerhard.kleinboeck@spd.landtag-bw.de

JUNGE MENSCHEN BETEILIGEN & ERNST NEHMEN

AUCH WENN SIE UNS (NOCH) NICHT WÄHLEN KÖNNEN

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begreifen wir die Jugend als eine eigene Zielgruppe, die sich von Kindern und Erwachsenen durch eigene Ansprüche, Wünsche, aber auch durch Sprache abgrenzt. Die Beteiligung dieser Gruppe ist ein Anliegen der Sozialdemokratie, weil sie die Partizipation junger Menschen an ihrem Lebensumfeld fördert und zur politischen Bildung beiträgt. Menschen zur Vertretung ihrer Interessen zur befähigen, ist eines der ältesten Ideale der SPD. Gleichzeitig bietet der politische Kontakt zu jungen Menschen auch die Möglichkeit bereits frühzeitig politisches Interesse zu wecken und (sozial-)demokratische Werte zu vermitteln. Nicht selten werden aus politisch aktiven Jugendlichen, die bereits frühzeitig an kommunalpolitischen Entscheidungen mitgewirkt haben, später selbst aktive KommunalpolitikerInnen.

Deshalb wollen wir in Städten und Gemeinden konkrete Möglichkeiten der Beteiligung schaffen. Wir wollen, dass junge Menschen tatsächlich Verantwortung übernehmen können. Dass sie die Erfahrung machen, dass ihre Stimme zählt, ihr Handeln einen Unterschied macht und sie somit ihre eigene Zukunft mitgestalten können. Demokratie soll nicht nur auf einer theoretischen Ebene verständlich gemacht werden, Demokratie muss erlebbar sein.

Seit 2015 ist die verbindliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zudem in der Gemeindeordnung Baden-Württembergs fest verankert.

Dies gilt unabhängig von Einwohnerzahl, regionaler Lage oder personeller und finanzieller Ausstattung der Kommune. Verwaltungsdenken und Jugendwelten müssen lernen, miteinander zu kommunizieren.

FOLGENDE HANDLUNGSBEISPIELE BIETEN SICH ZUR UMSETZUNG IN DEN KOMMUNEN AN:

Bei Bauleitplanungen sollen Jugendliche von Anfang an mit einbezogen werden. Dazu bietet sich die Zusammenarbeit mit lokalen Jugendhäusern/Vereinen oder bestehenden Institutionen und Netzwerken an. Damit wird sichergestellt, dass offene Plätze für Kinder- und Jugendliche bei Bau- und Freiraumplanung ausreichend berücksichtigt werden.

NICHT AUF DIE STADTVERWALTUNG WARTEN, SONDERN ALS SPD EIGENSTÄNDIG DIE BEDÜRFNISSE JUGENDLICHER AUFGREIFEN UND SIE ZU UNSEREM THEMA MACHEN

Dank guter Vernetzung sind wir vor Ort oft früher über die Themen und Anliegen Jugendlicher informiert, als dies etwa die Stadtverwaltung ist. Ebenfalls sind wir in unserem Handeln freier und unterliegen weniger formalen Zwängen. Haben wir so z.B. mitbekommen, dass Wunsch und Bedarf nach einer neuen Skateanlage besteht, können wir dieses Anliegen direkt aufgreifen und zu unserem gemeinsamen Thema machen.

Gemeinsam mit den Jugendlichen arbeiten wir Überlegungen und Vorschläge aus was gebraucht wird, sammeln Unterschriften oder Likes und erläutern die politischen Abläufe hin zu einer Entscheidung im Gemeinderat. Wichtig: Keine Versprechungen machen, die selbst nicht eingehalten werden können!

SCHÜLERINNENVERTRETUNG FÖRDERN

Auch in Schulen ist Demokratisierung ein wichtiger Bestandteil, um Schülerinnen und Schüler zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Gibt es eine gelebte Mitbestimmung zwischen Schulleitung, Lehrkräften und SchülerInnenvertretungen profitiert langfristig auch die Schule von einem besseren Klima. Für Kinder und Jugendlichen müssen dabei in der Schule unterschiedliche Wege der Teilhabe realisiert werden. Schülerinnen und Schüler müssen Zeit und Freiräume erhalten, ihr Mitbestimmungsrecht vor Ort auch ausüben zu können. Die SPD wirbt daher für eine Überarbeitung des Schulmitbestimmungsrechtes in den jeweiligen Schulen, indem Beispielsweise die Schülermitverantwortung (SMV) demokratisch durch alle Schüler legitimiert wird und anschließend paritätisches Stimmrecht in der Schulkonferenz erhält.

DER 8ER-RAT IN FREIBURG IST EIN PARADE- BEISPIEL DER BETEILIGUNG VON JUGENDLICHEN:

Die baden-württembergischen Bildungspläne sehen für die achte Klassenstufe aller Schularten Themen wie „Demokratie in der Gemeinde“, „Mitbestimmung und Mitwirkung im Gemeinwesen“, „Demokratische Möglichkeiten der Einflussnahme“ und „Soziales Engagement“ vor. In der achten Klassenstufe finden keine Schulabschlussprüfungen statt.

Vor diesem Hintergrund bilden Schülerinnen und Schüler aus der achten Klassenstufe einer Kommune für ein Jahr den 8er-Rat. In standardisierten Kommunikations-Prozess vertreten nicht nur die Jugendlichen ihre Ideen und Projekte; sie sind zugleich politische Ansprechpartner für VertreterInnen aus Politik und Verwaltung bei der Umsetzung von jugendrelevanten Planungsprozessen.

Der zeitliche Rahmen eines Schuljahres im 8er-Rat sieht vier Einheiten vor: die Qualifizierung der SchülerInnen und ihre Heranführung an das Projekt im Fachunterricht der jeweiligen Schule (Ideenbörse mit Themenvorschlägen) sowie hierauf folgende schulübergreifende Konferenzen. Auf diesen Konferenzen werden Themenvorschläge diskutiert, Schwerpunkte festgelegt und in schulübergreifenden AGs bearbeitet. Ergebnisse werden im Kontakt zu Gemeinderäten und entsprechenden Stellen der Verwaltung (etwa dem Stadtplanungsamt) in die kommunale Politik eingebracht. Die abschließende Konferenz beinhaltet anschauliche Präsentationen, ein ausführliches Feedback und dient dem Übergeben der Projekte an PatInnen aus der Politik und Verwaltung.

Autoren und Kontakt

Julia Söhne
Stadträtin
E-Mail: j.soehne@gmail.com
Telefon: 0176/64962862

Markus Herrera Torrez
Altstadtrat und SPD-Kreisvorsitzender
E-Mail: markus.herrera@gmail.com
Telefon: 0174/8958195

KOMMUNALE BÜRGERBEREBETEILIGUNG

VON DER VERLEGENHEITSLÖSUNG ZUM LEBENDIGEN ENTSCHEIDUNGSPROZESS

VORAUSSETZUNGEN IN DER GEMEINDEORDNUNG

Bürgerbeteiligung soll die Qualität und Akzeptanz von Projekten steigern und die Bürgerschaft aktiv in demokratische Entscheidungsprozesse einbinden. Die Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) lässt den handelnden Akteuren in den §§ 20-21 sowie im § 41a (Kinder und Jugendliche) hierfür einen großen Spielraum. So heißt es zur Einleitung im § 20 Abs. 2 GemO: Bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Gemeinde, die unmittelbar raum- oder entwicklungsbedeutsam sind oder das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner nachhaltig berühren, sollen die Einwohner möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie die Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden. Sofern dafür ein besonderes Bedürfnis besteht, soll den Einwohnern allgemein Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden [...].

DEFIZITE IM VERFAHREN

Woran liegt es dann, dass laut einer aktuellen Studie immer noch viele Kommunen informellen Beteiligungsverfahren kritisch gegenüberstehen? Sorge besteht vor allem, dass sich im Beteiligungsverfahren Einzelinteressen gegenüber den durch den Gemeinderat gefassten, „austariert[en]“ Beschlüssen durchsetzen.

Darüber hinaus führen m. E. auch Defizite im Verfahren zu einer negativen Sicht auf offene Dialogprozesse: Diese sind häufig entweder wenig konkret (1) oder kommen schlicht zu spät (2).

(1) Sehr umfassende Verfahren zu politischen Makro-Themen – wie etwa zum kommunalen Klimaschutz oder zur Energiewende – wecken oft große Erwartungen bei interessierten Bürgerinnen und Bürgern, beginnen mit hoher Akzeptanz und Veränderungsbereitschaft und führen im ungünstigsten Fall zu Enttäuschungen, weil die spätere Umsetzung hinter den erarbeiteten Ergebnissen zurückbleibt. In der Folge wird davor zurückgeschreckt, erneut zu große Erwartungen zu wecken.

(2) Die spezifischen Verfahren dagegen auf der Mikroebene, etwa zu Infrastrukturprojekten, die sehr konkrete Ergebnisse liefern, werden häufig – wenn überhaupt – erst dann eingeleitet, wenn Unmut über den bisherigen Projektverlauf öffentlich artikuliert wird. Hemmnisse der dann eingeleiteten „Verlegenheitslösung“ sind bereits verhärtete Fronten und wenig Dialogbereitschaft der Akteure. Wichtige Weichen sind in der Regel gestellt und verengen den verhandelbaren Rahmen. Scheitern diese Verfahren, wird darauf verwiesen, dass Beteiligung ja auch keine Lösung gebracht habe.

GEWINNBRINGENDE IMPLEMENTIERUNG

Um Bürgerbeteiligung gewinnbringend einzusetzen, darf sie nicht auf Sonntags- oder, das andere Extrem, auf Krisenthemen beschränkt werden. Vielmehr muss sie in die „DNA“ von Rat, Verwaltung und vor allem Bürgerschaft übergehen, um einen lebendigen Entscheidungsprozess möglich zu machen. Hierzu ist es notwendig, sich rechtzeitig vor Projektbeginn über die Rahmenbedingungen klar zu werden.

Viele Projekte können dann durch die Ideen und Anregungen der Bürgerschaft einen großen Mehrwert erhalten. Themenspektrum und Beteiligungsformen sind dabei vielfältig: vom Bolzplatz bis zur Begegnungsstätte, in offenen Bürgerforen oder in runden Tischen mit Vereinen, Initiativen und anderen Betroffenen. Gute Ergebnisse entstehen dann, wenn Spielräume klar formuliert, erkennbare Ziele definiert, Fakten transparent dargestellt und anschließend messbare Ergebnisse sichtbar werden. (Zu-) Hören und späteres Handeln müssen folglich verknüpft sein.

UNTERSTÜTZUNG VON AUSSEN

Professionelle Unterstützung von außen hilft, ist aber kein Muss. Oft gerät aus dem Blick, dass viele Themen mit guter Vorbereitung und Bordmitteln bestens selbstständig bearbeitet werden können. Unterstützung sollte indes immer dann einge-

holt werden, wenn entweder ein Thema zu große Ressourcen belegt oder aber Rat und Verwaltung nicht mehr als „neutrale Makler“ bei einem Thema wahrgenommen werden. Hier investierte Mittel zahlen sich spätestens am Ende des Prozesses meist vielfach wieder aus.

BÜRGERENTSCHEIDE UND ERGEBNISUMSETZUNG

Wichtig zuletzt: Bürgerentscheide beenden m. E. den Dialog, weil sie auf ein „entweder oder, schwarz oder weiß“ zuspitzen. Sind sie notwendig, sind Beteiligungsverfahren in der Regel gescheitert. Sie sind daher im Zweifel das Ende, selten der Anfang einer guten Bürgerbeteiligung. Das bedeutet umgekehrt, dass der Rat nach einem offenen und transparenten Beteiligungsverfahren und unter Abwägung aller Belange eine Entscheidung trifft.

ANWENDUNGSBEISPIELE AUS RUST

BAU EINES WASSERPARKS

Aufgabenstellung	Bauleitverfahren zur Änderung eines Flächennutzungsplanes und zur Erstellung eines Bebauungsplanes mit dem Ausbau der Begleitinfrastruktur.
Herausforderungen	Verkehr und Lärmschutz, Ökologie, Wasser und Baustellenmanagement.
Wie	In sechs Bürgerforen des Zweckverbandes Tourismus-Dienstleistungen Freizeit in Ringsheim-Rust und des Europa Park mit Unterstützung der Planungsbüros. Allein in den beiden Auftaktveranstaltungen nahmen über 800 Bürgerinnen und Bürger teil.
Externe Moderation	Ja.
Ergebnis	Keine privaten Widersprüche im Bauleitverfahren. Projekt in Realisierung.
Dokumentation	www.zvt-ringsheim-rust.de

NEUBAU EINER MEHRZWECKHALLE

Aufgabenstellung	Neubau einer Mehrzweckhalle.
Herausforderungen	Frage, ob bestehende Halle saniert werden kann oder ein Neubau nachhaltiger ist.
Wie	Bürgerforum mit Architekt und Fachplanern sowie runde Tische mit allen betroffenen Nutzerinnen und Nutzern.
Externe Moderation	Nein.
Ergebnis	Eindeutige Unterstützung eines Neubaus. Projekt in Realisierung.

KLIMASCHUTZKONZEPT

Aufgabenstellung	Erstellung eines kommunalen Klimaschutzprogramms.
Herausforderungen	Umsetzung konkreter Maßnahmen. Kein Papier „für die Schublade“.
Wie	Mehrere Bürgerwerkstätten.
Externe Moderation	Ja.
Ergebnis	Konkrete Projekte, wie Einrichtung von Energie-Infotagen und Neugestaltung kommunaler Klimaschutzförderung. Projekt in Realisierung.

PARKZEITBESCHRÄNKUNG IN WOHNGBIETEN (ZWEI FÄLLE)

Aufgabenstellung	Hohe Belegung öffentlicher Stellplätze durch touristische Gäste in zwei Wohngebieten. Antrag der Betroffenen zur Beschränkung der Parkzeit.
Wie	Unterschriftensammlung durch die Betroffenen. Bürgerforum.
Externe Moderation	Nein.
Ergebnis	Fallabhängig. Einmal Rückzug des Antrages durch die Betroffenen nach dem Bürgerforum und Erläuterung des Verfahrens. Einmal Realisierung des Antrages durch den Gemeinderat nach positivem Votum im Bürgerforum.

Autor

Kai-Achim Klare

Kontakt

E-Mail: kaiklare@gmail.com

NIMM ES SPORTLICH – AUCH IN DER KOMMUNALPOLITIK

Sport als kommunalpolitische Handlungsmöglichkeit oder gar Wahlkampfthema? Auch wenn dieses Themengebiet zunächst nicht trivial erscheint, so hat gerade die Bedeutung des Sports in vielen Städten und Gemeinden einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert.

Einerseits wenn es in eurer Stadt einen Sportverein gibt, der durch seine herausgehobenen sportlichen Leistungen weit über die eigenen Stadt- und Landesgrenzen hinaus bekannt ist und damit sowohl als Markenbotschafter für die eigene Stadt gilt, aber auch Identifikation für sehr viele Menschen in der Stadt schafft. (Beispielsweise der SC Freiburg oder die Mannheimer Adler)

Andererseits bilden jedoch auch kleinere Sportvereine oder Orte an denen Sport ohne Vereinsbindung ausgeübt werden können, Zentren die für das gesellschaftliche Zusammenleben einer Kommune wichtig sind. Aus diesem Grund können vermeintlich kleine Entscheidungen, wie etwa die Absage an den lokalen Fußballverein einen städtischen Kunstrasenplatz zu errichten oder der Abbau einer existierenden Skateranlage, zu einem kommunalpolitischen Streitthema werden.

Gleichzeitig sollten wir uns als Sozialdemokraten darüber im Klaren sein, dass der Sport selbst häufig ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Integration ist. Dies betrifft nicht nur die Integration von Menschen mit einem Migrationshintergrund, sondern auch die Integration von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Milieus. Im Breitensport ist es meist unerheblich, woher ein Mensch kommt und welche Vorprägungen er/sie mitbringt.

Im Mittelpunkt stehen Spaß, Ausgleich, gegenseitige Anerkennung und Zusammenhalt. Aus diesen Gründen sollte die SPD im Kommunalwahlkampf ein wachsaues Auge auf sportpolitische Themen werfen.

**FOLGENDE HANDLUNGSBEISPIELE
BIETEN SICH ZUR UMSETZUNG
IN DEN KOMMUNEN AN:**

SPORTSTÄTTENBAU

Es muss nicht gleich ein Stadionneubau für 35.000 Zuschauer sein. Allerdings leiden fast alle Vereine in den Städten und Gemeinden darunter, dass die für sie nutzbaren Sportstätten veraltet und/oder zu klein sind und somit den Ansprüchen der Mitglieder nicht gerecht werden. Mit der Forderung im Kommunalwahlkampf, sich in der neuen Amtsperiode im Gemeinderat für einen neuen Kunstrasenplatz des lokalen Fußballvereins stark zu machen, kann bei der Wahl große Unterstützung hervorbringen. Diese Unterstützung kann nach der Wahl, aber auch in große Enttäuschung umschlagen, wenn zu große Versprechungen gemacht wurden. Deshalb ist hier Realismus gefragt. Wenn es der SPD vor Ort gelingt, im engen Austausch mit Vereinsvorsitzenden zu sein, lässt sich meiste gut und schnell erfahren, wo genau der Schuh drückt und was benötigt wird um die Sportausübung für den jeweiligen Verein zu verbessern. Nutzen mehrere Vereine die gleiche Sportstätte lassen sich möglicherweise auch Synergieeffekte erzeugen. Beim Sportstättenbau handelt es sich fast immer um finanzielle Großprojekte, die in die mittelfristige Finanz-

planung eingespeist werden müssen. Das Land fördert Projekte zum Sportstättenneubau sowie die Sanierung mit 30%, insofern die Kosten für die Maßnahme mehr als 40.000 € betragen.

Mehr Informationen dazu unter:

www.rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Foerderungen/Seiten/FB37/Sportstaettenbau-kommunal.aspx

FREIZEITANLAGEN

Fernab der klassischen Sportstätten wie Turnhallen und Sportplätze gibt es noch weitere Sportanlagen die einer Stadt Lebensqualität geben und speziell für einzelne Zielgruppen relevant sind. So wie das gesellschaftliche Leben vielfältiger wird, sind auch die Ausübungen von Sport facettenreicher geworden. Bogen-schießen, Skaten, Dirt-Biken, Surfen, Beachvolleyball, Klettern, Basketball, Mountainbike. Diese Sportarten sind keine Massensportarten und dennoch gibt es Bedarfe dafür. Wenn entsprechende Angebote bestehen, stellen wir dadurch sicher, dass gerade Jugendliche auch in kleineren Kommunen Orte finden, an denen sie ihre sportlichen Interessen realisieren können, ohne auf die Fahrdienste der Eltern in große Oberzentren angewiesen zu sein. In den Bereich der Freizeitanlagen können aber auch Wanderwege, Laufstrecken oder speziell angelegte Abenteuerspielplätze fallen. Diese Maßnahmen binden häufig weniger finanzielle Maßnahmen als etwa im Sportstättenbau, bzw. lassen sich manchmal auch mit Bürgerschaftlichem Engagement und dem eigenen Bauhof realisieren. Schon mit wenigen finanziellen Mitteln können zudem regelmäßig die Netze an den Basketballkörben, oder Ballfangzäune hinter den Bolzplatztoren, gebaut und/oder ausgetauscht werden. Das erhöht die Attraktivität der Sportstätte und sorgt für eine bessere Nutzbarkeit.

Nicht zuletzt sollten wir als SozialdemokratInnen auch bei Neubauvorhaben ausreichend Raum für Freizeitanlagen gerade für Kinder und Jugendliche berücksichtigen. Am besten ist es, wenn dabei von Anfang an junge Menschen selbst mit in die Planung eingebunden werden. Sie können ihre Wünsche und Anforderungen direkt formulieren, Nutzungskonflikte können auf diese Weise von vornherein umgangen werden.

BEWEG DICH!

Eine Stadtbevölkerung die in Bewegung ist, ist agil und gesund. Ganz im Sinne unseres Leitbildes des vorsorgenden Sozialstaats wollen wir die Menschen in unserer Kommune motivieren sportlich aktiv zu sein, bevor sie unter gesundheitlichen Problemen leiden. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Die Stadt kann als Veranstalter Fahrrad- und Laufevents oder eine Skatenight ins Leben rufen. Die Umsetzung eines einmal jährlich stattfindenden autofreien Tags, an dem Straßen in der Innenstadt Fußgängern, Läufern und Radlern zur Verfügung stehen, lässt die BürgerInnen die eigene Stadt neu erleben. Auch solche Veranstaltungen und Aktivitäten lassen sich in Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportvereinen einfacher umsetzen und bieten diesen zusätzliche Präsentationsmöglichkeiten, um neue Menschen für dauerhaften sportlichen Einsatz zu gewinnen. Als Sozialdemokraten können wir hierbei Ideen- und Impulsgeber sein, aber auch Vermittler bei der städtischen Umsetzung sein.

Autoren und Kontakt

Julia Söhne
Stadträtin
E-Mail: j.soehne@gmail.com
Telefon: 0176/64962862

Markus Herrera Torrez
Altstadtrat und SPD-Kreisvorsitzender
E-Mail: markus.herrera@gmail.com
Telefon: 0174/8958195

UMGANG MIT RECHTSPOPULIST*INNEN

IN DER KOMMUNALPOLITIK

Bei der letzten Kommunalwahl konnten Rechtspopulist*innen in Baden-Württemberg bereits erste Mandate gewinnen. Seither wurden (zu)viele Mandate in Land und Bund erreicht, sie werden, davon motiviert, an vielen Orten sicherlich einen aktiveren Wahlkampf anstreben. Damit werden wir noch häufiger als bisher damit konfrontiert werden, wie wir uns bei Podien, bei Veranstaltungen oder im öffentlichen Raum verhalten. Vorab sei gesagt: es gibt nicht den einen richtigen Weg. Die Entscheidung muss immer im Blick auf örtliche Gegebenheiten und Personen abgewogen und dann getroffen werden. Hier sind wesentliche Rahmenfaktoren als Entscheidungshilfe aufgeführt.

ALLGEMEINES

1. RECHTSPOPULIST*INNEN SIND ANTIDEMOKRAT*INNEN.

Sie stehen für einen Angriff auf Menschenrechte, für die Einschränkung bzw. Abschaffung der Demokratie. Dort wo sie Bürger*innenbeteiligung fordern geschieht das immer vor dem Hintergrund der Einschränkung von Rechten anderer. Damit allein ist eine Ablehnung der Kooperation oder gemeinsamer Initiativen sowie eine Haltung, sich mit Menschen die für diese Haltungen stehen nicht auf ein Podium zu setzen aus Sicht der SPD bereits grundsätzlich begründbar.

2. KLARE POSITIONEN BEZIEHEN

Eine deutliche Positionierung setzt wichtige Signale und verleiht erarbeiteten Erklärungen und Handlungskonzepten Transparenz.

Zu erwartende Äußerungen, das angekündigte Handeln sei z.B. undemokratisch sollten nicht aufgegriffen werden. Eine klare Haltung, transparent kommuniziert, sollte dann auch durchgehalten werden.

Die am meisten zu klärende Situation ist sicherlich wenn Einladungen zu Podiumsdiskussionen kommen. Auf den ersten Blick erscheint das als gute Möglichkeit um Sachthemen darzustellen und deutlich zu machen, dass Rechtspopulist*innen in aller Regel keine Lösungen anbieten. Damit das erfolgreich geschehen kann, braucht es die Klärung folgender Rahmenbedingungen:

RAHMENBEDINGUNGEN

1) Wie wird die Moderation angelegt? Die klassische Moderation stellt reihum Fragen an Kandidat*innen, nach der Antwort geht die nächste Frage an die nächste Person. Nun können zwei Dinge passieren: Die Antwort einer Rechtspopulist*in löst bei einem selber Widerspruch aus und die Zeit, die für die eigene Frage/Antwort zur Verfügung steht wird genutzt um diesen zu formulieren. Oder: Der Widerspruch wird über die Moderation durch eine Rückfrage/Nachfrage bzw. durch andere Mitdiskutierende formuliert. In jedem Fall bestimmt die Aussage die Runde, andere Themen kommen kürzer dran, die Aufmerksamkeit im Raum ist erreicht.

2) Für den Fall, dass es Aussagen gibt, kann ein sofortiger Faktencheck eine Methode sein um gleich mit offiziellen Fakten reagieren zu können. Das ist ein eher aufwendiges Verfahren und erfordert eine sehr professionelle Moderation um erfolgreich funktionieren zu können.

3) Wer sind die Zuhörer*innen? Bei öffentlichen Einladungen ist es schwierig, aus den obigen Mustern herauszukommen, daher ist die Grundsatzentscheidung zur Teilnahme vor Beginn des Wahlkampfes zu klären. Bei Einladungen in Schulen o.ä. ist die Situation anders. Hier geht es um einen direkten Austausch mit Schüler*innen, die Runden sind anders organisiert, dadurch kann man als Teilnehmer*in auch anderes Einfluss nehmen auf den Ablauf.

4) Es braucht immer eine gute Vorbereitung, auch bei „Profis“; Erfahrung und eine starke Rhetorik helfen einem bei einem Gegenüber, dem es gar nicht auf die Inhalte, sondern auf die Vermittlung von „sich einsetzen“ für die Bürger*innen, auf das formulieren von „Kritik“ und nicht auf das Anbieten von Lösungen ankommt nur begrenzt weiter.

Autorin

Andrea Schiele

Kontakt

Mail: Andrea-Schiele@gmx.de

Tel.: 0176/22 95 39 89

KAPITEL 4

GERECHTES UND SOZIALES BADEN-WÜRTTEMBERG



WOHNEN - DIE SOZIALE FRAGE UNSERER ZEIT

ZUKUNFT, ZUSAMMENHALT, ZUHAUSE: WIR SIND DIE KOMMUNALPARTEI FÜR BEZAHBAREN WOHNRAUM FÜR ALLE

In Baden-Württemberg herrscht akuter Wohnraumangel. Laut einer aktuellen Studie des Prognos-Instituts fehlen zur Zeit etwa 140.000 Wohnungen in Baden-Württemberg. Bis zum Jahr 2025 wird der Bedarf an neuen Wohnungen sogar auf 500.000 steigen, so die Untersuchungen.

Hinter diesen Zahlen stehen Menschen und deren Schicksale: Die Familie mit drei Kindern, die keine Wohnung mit ausreichend Platz findet. Die Rentnerin, die die drastische Mieterhöhung mit ihrer kleinen Rente nicht finanzieren kann. Oder der Krankenpfleger, der zur Arbeit ins Krankenhaus täglich 40 Kilometer pendeln muss, weil er in der Stadt keine bezahlbare Wohnung findet.

In der Wohnraumpolitik treffen zentrale politische Ziele auf als Konflikte am Ratstisch aufeinander: soziale Durchmischung und Grünflächenschutz, Stadtentwicklung und Mobilität, Platz für Familien und gerechte Mieten, Klimaschutz und soziales Miteinander. Eine SPD, die sich vor dem komplizierten Thema Wohnraumschaffung nicht scheut, kann hier diese Konflikte auflösen und zu einem starken Handlungsprogramm vor Ort entwickeln.

Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit. Und es gibt in Baden-Württemberg nur eine Partei, die glaubwürdig für die Botschaft „Wohnen muss bezahlbar sein“ steht: das ist die SPD! Bei der Kommunalwahl wird die Frage nach bezahlbarem Wohnraum eine der wahlentscheidenden sein.

Und im Gegensatz zur Landesregierung setzen sich viele Genoss*innen vor Ort bereits für die Ausweisung neuer Flächen, den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungen auch in öffentlicher Hand oder die Vergabe von Grundstücken nach dem Prinzip „Konzept statt Kasse“ ein. Diese und weitere Handlungsoptionen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum stelle ich euch kurz vor:

GRÜNDUNG KOMMUNALER WOHNUNGSBAUGESSELLSCHAFTEN

Wir fordern für die Landesebene die Gründung einer Landesentwicklungsgesellschaft, die dort, wo es vor Ort nicht möglich ist, eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen, diese Aufgaben übernimmt. Dazu zählt der Zwischenerwerb von Grundstücken, die Entwicklung dieser zu Bauland, der Aufbau und die Verwaltung eines Wohnbestands. In den letzten Jahren wurden in Baden-Württemberg aber auch neue kommunale Wohnungsbaugesellschaften gegründet, die diese Aufgaben direkt vor Ort übernehmen und so für die zügige Schaffung von neuem bezahlbarem Wohnraum sorgen.

VERGABE VON BAUFLÄCHEN NACH „KONZEPT STATT KASSE“

Grundstücke sind knapp, die Preise steigen deshalb ins Unermessliche. Gerade für junge Familien ist es heute schwierig, ein Grundstück für das Eigenheim zu finanzieren. Auf Landesseite fordern wir die Halbierung der Grunderwerbssteuer beim Ersterwerb von Wohneigentum von

Familien. Kommunen können der Preisspirale entgegenwirken, indem sie nicht an die Höchstbietenden, sondern z.B. an die Familien unter den Bewerber*innen vergibt.

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Der Bestand des sozialen Wohnungsbaus ist seit Jahren rückläufig. Jährlich müssten in Baden-Württemberg mindestens 5.000 neue Sozialwohnungen gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Über das Landeswohnraumförderprogramm erhalten Investoren und Kommunen Gelder in Form von zinsvergünstigten Darlehen oder (Tilgungs-)Zuschüssen für den sozialen Wohnungsbau. Zugleich müssen über einen festgelegten Belegungsbindungszeitraum von 10, 15, 25 oder 30 Jahren die Mieten reduziert werden (die Miete muss zwischen 20 und 40% unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen). Diese Wohnungen können nur von Mieter*innen mit Wohnberechtigungsschein gemietet werden. Diesen erhält, wer bestimmte Einkommensgrenzen nicht übersteigt. Pro fertiggestellter Sozialwohnung erhält die Kommune eine Prämie des Landes in Höhe von 2.000 Euro, die für wohnungswirtschaftliche Zwecke eingesetzt werden muss.

ORDNUNGSPOLITISCHE MASSNAHMEN WIE MILIEUSCHUTZSATZUNGEN UND ZWECKENTFREMIDUNGSVERBOTE

Zu einer ökologischen und sozialen Kommunalpolitik gehört es, den bereits vorhandenen Wohnraum in Verantwortung zu nehmen. Kommunen können mithilfe des Erlasses ordnungspolitischer Maßnahmen wie Milieuschutzsatzungen und Zweckentfremdungsverboten Stadtteile oder Gebiete vor Gentrifizierung und der unverhältnismäßig häufigen Vermietung

von Wohnraum an Touristen (z.B. über Online-Vermittlungsportale wie Air B'n'B) schützen. In vielen baden-württembergischen Städten greifen diese Instrumente bereits.

QUARTIERSENTWICKLUNG AKTIV BETREIBEN

Die Quartiersentwicklung hat das Ziel, das soziale Zusammenleben aktiv zu fördern. Eine gute Durchmischung von gefördertem Wohnraum, verschiedenen Wohnungsgrößen und altersgerechtem Wohnen zählt hierzu genauso wie eine Infrastruktur, die das Zusammenkommen der Nachbarschaft fördert: Spielplätze, Begegnungsmöglichkeiten, Schulen, Kindergärten und Seniorenzentren tragen hierzu bei. Der Segregation soll aktiv entgegengewirkt werden. Damit Kommunen dies umsetzen können, benötigen sie die finanzielle Unterstützung von Land und Bund.

Autor

Daniel Born MdL

Kontakt

Mail: daniel.born@spd.landtag-bw.de
Tel.: 06205/38324

GEFLÜCHTETE IN DER KOMMUNE

FLÜCHTINGE WELTWEIT

- Ende 2016 waren 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals von UNHCR verzeichnet wurde.
- Im Schnitt wird alle drei Sekunden jemand auf der Welt zur Flucht gezwungen.
- Einer von 113 Menschen weltweit ist von Flucht und Vertreibung betroffen.
- 50 Prozent der Flüchtlinge weltweit sind Kinder.
- 2016 stellten 75.000 unbegleitete Flüchtlingskinder Asylanträge.
- 2016 konnten rund eine halbe Million Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren.
- 9 von 10 Flüchtlingen (84%) leben in Entwicklungsländern.

FLÜCHTLINGE IN DEUTSCHLAND

- Im Jahr 2015 kamen 890.000 Geflüchtete nach Deutschland
- Im Jahr 2016 kamen 320.000
- Im Jahr 2017 kamen 186.000
- Im Jahr 2018 kamen von Januar bis April 45.008

SITUATION IN DEN KOMMUNEN

Die Jahre 2015 und 2016 stellten die Kommunen vor die große Herausforderung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung. Nachdem die Flüchtlingszahlen deutlich gesunken sind und viele Geflüchtete bereits die Erstunterbringung in Richtung Anschlußunterbringung verlassen haben, stellen sich in den Kommunen neue Aufgaben, hauptsächlich in den Bereichen Betreuung, Integration, Wohnen, Bildung, Arbeit.

PROBLEMSTELLUNGEN

Im Gegensatz zur Arbeitsmigration der 70er Jahre sind seit 2015 viele junge Geflüchtete im Alter von Anfang 20 ohne Begleitung der Familie nach Deutschland gekommen. Dies stellt besondere Anforderungen an die Integrationsleistung der Kommunen. Geflüchtete aus unterschiedlichen Ländern haben einen jeweils anderen Aufenthaltsstatus.

Baden Württemberg hat eine hohe Zuwanderungsrate auch aus anderen Bundesländern. Wohnraum ist knapp und teuer. Die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen der Geflüchteten stellen unser Bildungs- und Ausbildungssystem vor große Herausforderungen. Die Integration in Arbeit bedarf durch die unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen und einer unterschiedlichen Sozialisation vieler Geflüchteter besondere Aufmerksamkeit und interkulturelle Kompetenz der damit betrauten Verantwortlichen.

JUNGE FLÜCHTLINGE

Während unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland einen Anspruch auf Inobhutnahme durch das Jugendamt, einen persönlichen Vormund und Unterbringung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe haben soweit ein entsprechender Bedarf festgestellt wird, erhalten Geflüchtete ab der Volljährigkeit dieselbe Betreuung wie Erwachsene. Erlebte Traumata, des Fehlen der Familie, Angst um die Zurückgebliebenen, die noch unzureichenden Sprachkenntnisse und Probleme bei der Orientierung stellen die jungen Menschen vor erhebliche Belastungssituationen die nicht zu unterschätzen sind.

Der Betreuungsbedarf ist groß und ist meist auf die Säulen der kommunalen Betreuung in Verzahnung mit kirchlichen Einrichtungen wie Diakonie und Caritas und den Asylarbeitskreisen aufgebaut. Während die kommunale Betreuung in Ergänzung mit Diakonie und Caritas oft mit einem knappen Angestelltenschlüssel ein breites Feld der psychozozialen Beratung und Betreuung leistet, von der Hilfe beim Umgang mit Behörden über die Arbeitsplatz- und Ausbildungssuche bis zu persönlichen Gesprächen über verschiedenste Problemstellungen kann die ehrenamtliche Betreuung einen engeren Kontakt bieten. In diesem Bereich haben sich Flüchtlingscafés, Internetcafés, Spielstunden, vertieftes Lernen und Flüchtlingspatenschaften bewährt. Besonders Flüchtlingspatenschaften im Ehrenamt bieten eine Vielfalt an Möglichkeiten die kommunale Betreuung in verschiedenster Weise zu ergänzen. Eine gewisse Aufwandsentschädigung für Flüchtlingspaten erscheint sinnvoll. In den einzelnen Sportvereinen können Flüchtlingsbeauftragte eine wichtige Hilfe bieten um den ersten Kontakt und den Einstieg in den Sport zu erleichtern.

GEFLÜCHTETE MIT UNTERSCHIEDLICHEM AUFENTHALTSSTATUS

Während Geflüchtete aus Kriegsgebieten mit dem Status eines anerkannten Flüchtlings oder mit subsidiärem Schutz ein Anrecht auf Integrationskurse haben, ist das bei Geflüchteten ohne Aussicht auf Bleiberecht nicht so. Geflüchtete die kein Anrecht auf Asyl geltend machen können sind oftmals mit großen Hoffnungen auf Arbeit und Schutz nach Deutschland gekommen. Momentan sind sie vielfach nur noch untergebracht ohne eine sichtbare Möglichkeit auf eine persönliche Zukunft. Deutschkurse werden nur in beschränktem Maße bewilligt.

Die unterschiedliche Behandlung kann zu gesteigerten Stressreaktionen führen und zu einer gesenkten Bereitschaft die Regeln des deutschen Staates anzuerkennen.

Neben den Anstrengungen der Staatengemeinschaft für Initiativen der Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern der Geflüchteten, sollte Entwicklungshilfe hier im Land stattfinden. Geflüchtete aus den ärmsten Ländern dieser Welt können mit Geld und Bildung, die sie in Deutschland erlangen selbst die beste Entwicklungshilfe leisten.

WOHNRAUM

Geflüchtete leben derzeit in der Anschlußunterbringung mit mindestens 4,5 qm pro Person oftmals für längere Zeit auf engstem Raum. Es gibt für den Einzelnen keine Privatsphäre und Konflikte sind vorprogrammiert. Diese Situation muss in den Kommunen wieder verbessert werden. Initiativen für bezahlbaren Wohnraum müssen vom Bund über die Länder bis in die Kommune durchgängig und mit Vehemenz vorangetrieben werden.

BILDUNG

Es sind Menschen mit ganz unterschiedlichen Bildungsbiographien nach Deutschland gekommen. Die Schere reicht vom Analphabeten bis zum Akademiker. Die Aufmerksamkeit sollte nicht nur auf die Anerkennung akademischer Grade gerichtet werden. Gerade im Handwerk aber auch in der Industrie werden dringend Arbeitskräfte und Azubildende gesucht.

Initiativen zur Bildung der Ankömmlinge mit geringem Bildungsstand können fit machen für eine Ausbildung in Handwerk und Industrie. Das Mindestalter (derzeit 21 Jahre) für den Zugang zu Vabo-Klassen (Berufsvorbereitung für Ausländer ohne Deutschkenntnisse) und für den Zugang zum Erreichen eines Hauptschulabschlusses sollte angehoben werden, um mehr Menschen die Möglichkeit zu einer Ausbildung zu geben.

ARBEITSINTEGRATION

Baden Württemberg ist ein dynamischer Wirtschaftsstandort und das Angebot an Arbeits- und Ausbildungsstellen ist groß. Interkulturell geschulte Mitarbeiter bei Jobcentern und in den Kommunen können unter Berücksichtigung der einzelnen Lebenssituation der Geflüchteten wertvolle Arbeit bei der Arbeitsintegration leisten. Auch für Ausbilder in den Betrieben ist eine interkulturelle Schulung hilfreich um eine Ausbildung zum Erfolg zu führen.

Vom Ansatz her ist es wichtig die Ankömmlinge als Chance zu sehen die Kommunen und Arbeitswelt mit neuen Mitbürgern und Arbeitskollegen zu bereichert. Diese Chance zu nutzen kann zu einer lebendigen und dynamischen Entwicklung führen im Gegensatz zu Stillstand und Angst bei den verschiedensten Formen von Ausgrenzung. Für die Geflüchteten selbst und für die vielen ehrenamtlich Engagierten ist es notwendig daß gelungene Integration einen Übergang von Asyl in ein Bleiberecht ergibt. Nur wer eine reele Chance für sein Fortkommen sieht, wird auch alle Möglichkeiten nutzen um sich schnell in der Gesellschaft anzupassen.

Autorin

Caroline Vermeulen
Kreisvorsitzende Hohenlohekreis

Kontakt

E-Mail: Caroline.Vermeulen@t-online.de
Telefon: 07941/9886900

MIGRATION: TEILHABE IST DER SCHLÜSSEL

ANERKENNUNG UND WILLKOMMEN ALS GRUNDSÄTZE

Unsere Haltung in der Migrationspolitik ist klar: Wir wollen unseren Anspruch eines weltoffenen Landes weiter umsetzen und die Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner in den Kommunen stärken. Für Baden-Württemberg als Zuwanderungsland ergeben sich in unseren Städten und Gemeinden zahlreiche Chancen und Herausforderungen. So leben viele Migrantinnen und Migranten bereits lange Zeit in Baden-Württemberg. Sie sind teils integriert (und arbeiten und zahlen selbstverständlich ihre Steuern), teils sind sie bislang nur im begrenzten Umfang Bestandteil unserer Gesellschaft geworden.

In den letzten Jahren sind unsere Kommunen mit den akuten Herausforderungen bei der Aufnahme von Geflüchteten konfrontiert worden, die sie mithilfe der Bevölkerung hervorragend gemeistert haben. Für die nächsten Jahre müssen wir im Hinblick auf die Integration der Geflüchteten nun auch die Teilhabe in unseren Stadtgesellschaften ermöglichen.

Dafür spielt – neben den Integrationsleistungen zum Lernen der deutschen Sprache, zur Vermittlung in den Arbeitsmarkt bzw. Ausbildung, der Pflege der eigenen Kulturen, etc. – ein interkulturelles Verständnis, eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung und ein gesellschaftliches Engagement für das Miteinander eine wesentliche Rolle. Wir orientieren uns dabei an den Grundsätzen „Anerkennung“ und „Willkommen“ für alle Menschen.

In Zusammenarbeit mit Bildungsträgern, Handwerkskammern und Sozialeinrichtungen, Vereinen, Initiativen und sonstigen Institutionen vor Ort wollen wir daher die Integrations- und Teilhabemöglichkeiten in unseren Städten und Gemeinden nachhaltig ausbauen und verstetigen.

Zum Ausbau der Teilhabemöglichkeiten setzen wir uns unter anderem ein für:

- eine weitere Stärkung und Aufwertung von Migrantenforen durch Mitwirkung in den Ausschüssen der städtischen Selbstverwaltung sowie Unterstützung bei der Ausstattung von Migrantenforen mit eigenen Ressourcen im Sinne der Teilhabe
- eine Stärkung und Beibehaltung finanzieller Mittel für die Arbeit zur Teilhabe
- Hilfestellung bei Räumlichkeiten für Vereine, Initiativen und Selbsthilfeaktivitäten.

Wir setzen uns außerdem für kommunalpolitische Mitwirkung durch die Schaffung eines kommunalen Wahlrechts für alle in Baden-Württemberg lebenden Menschen ein – mit und ohne Migrationshintergrund, mit und ohne deutschen Pass. Dazu fordern wir entsprechende gesetzliche Regelungen durch die Bundesregierung und die Landesregierung.

Autor

Andreas Reißig

Kontakt

Mail: andreas.reissig@spd.de

Tel.: 0711/6192631

SICHERHEIT IN DEN KOMMUNEN

„Wir nehmen negative Entwicklungen im Bereich Sicherheit nicht hin – egal von wem sie verursacht werden und egal an welchem Ort in unserer Stadt sie stattfinden. Auf alle neuen Schwierigkeiten gab es Antworten, manchmal nicht sofort wirksam, manchmal dauerte die Vorbereitung oder die Suche nach einem Lösungsansatz länger. Aber: Die Antworten gab es und zwar überwiegend erfolgreich. Wie beim Vorgehen gegen Ausbeutungsstrukturen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt gegenüber osteuropäischen Zuwanderern, stellten sich bei Bettlerbanden, der Trinker- und Drogenszene, Einbrecherbanden, Lärmbelästigungen durch Poser, beim schnell verfestigten und breit angelegten Handel mit Drogen am Neckarufer und nahe der Breiten Straße nach und nach Erfolge ein. Wichtig ist: Der Staat war und ist handlungsfähig.“

Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz in seiner Neujahrsrede 2017

Die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger entscheiden sich vor Ort in der Kommune, auch wenn es in erster Linie die Aufgabe von Polizei und Justiz, von Bund und vor allem Ländern ist, bei Gewalt und Kriminalität einzuschreiten. Das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern hängt nicht immer mit klassischen Themen der Sicherheit zusammen, sondern speist sich aus einem Bündel von Ursachen – soziale Unsicherheit, der rasante Wandel der Straßenbilder und Wohngebiete vor Ort, der gefühlte Verlust an Grundrechten und Werten im eigenen Lebensumfeld. Viele fühlen sich durch globale Prozesse der Flexibilisierung der Arbeit, durch Zuwanderung und Klimawandel verunsichert. Das erklärt den großen Unterschied zwischen abnehmender objektiven Bedrohungssituation und subjektiven Sicherheitsempfinden. Die Bedeutung des subjektiven Sicherheitsempfindens in der Kommune hat für ein gutes Zusammenleben vor Ort deutlich an Bedeutung gewonnen.

I. SICHERHEIT DURCH STADTPLANUNG UND ABGESTIMMTEN VERWALTUNGSHANDELN

HANDLUNGSBEISPIEL STADTPLANUNG

Für sozialdemokratische Politik bietet das Leitbild der präventiven Stadtgestaltung neben klassischen Formen der sozialen Prävention ein wichtiges Instrument, um durch kluge Stadtplanung das Verhalten der Bürgerschaft positiv zu beeinflussen und kritische Verhaltensweisen und Delinquenz zu vermindern. Durch städtebauliche Maßnahmen und die Schaffung von Freiräumen können Sichtachsen, Transparenz und „Face-to-Face“ Beziehungen hergestellt werden, um im öffentlichen und halböffentlichen Raum gesellschaftliches Miteinander und soziale Kontrolle wieder möglich zu machen oder zu fördern. Eine solche Stadtplanung schafft durch eine kluge Prioritätensetzung in strukturschwachen Quartieren eine moderate Belebung des Wohnumfeldes, vermeidet großflächiger Monostrukturen, nimmt eine kleinteilige Gliederung des Siedlungsraums vor und investiert in eine hohe Aufenthaltsqualität vor Ort. Wichtig ist es dabei auch, die Sicht von Frauen bei der Entwicklung von neuen Wohnquartieren einzubeziehen.

HANDLUNGSBEISPIELE STRASSENBELEUCHTUNG

Auch wenn sie für viele unscheinbar sind – die Straßenlaternen sind wichtig für den öffentlichen Raum Mannheims. Sie sind wichtig für die Verkehrssicherheit sowie für die Lebens- und Aufenthaltsqualität. Neue Beleuchtungstechnik reduziert dunkle Angsträume und steigert so das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

HANDLUNGSFELD STEUERUNGSGRUPPE „LOKALE STADTERNEUERUNG“ (LOS)

Nachdem viele Einzelmaßnahmen im Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West und im Quartier Jungbusch nicht zu erhofften Erfolgen geführt hatten, rief Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz den Prozess „Lokale Stadterneuerung“ (LOS) in Leben gerufen. Eine Steuerungsgruppe unter der Leitung der städtischen Entwicklungsgesellschaft und des OB-Dezernats geht nun systematisch und ämterübergreifend auch große Entwicklungsfragen an. Damit wurde eine verbindliche Struktur geschaffen, die nachhaltig beide Quartiere mit über 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern voranbringen soll. In der Steuerungsgruppe werden Maßnahmen zur städtebaulichen und sozialen Weiterentwicklung des Stadtteils, zur Verbesserung der Wohnsituation, der Bildungssituation aber auch zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und der Sauberkeit im Stadtteil erarbeitet und entsprechende Projekte angestoßen. Darüber hinaus werden Nutzungskonzepte für Plätze und Freiflächen im Quartier entwickelt. Der Aufbau neuer Strukturen zum Beispiel im Bereich der Ganztagsbetreuung für Schülerinnen Schüler oder der Aufbau einer funktionierenden Vereinslandschaft im sportlichen Bereich gehören ebenfalls zu den langfristigen Zielen und Aufgaben der Steuerungsgruppe. Mittlerweile haben sich erste Erfolge realisiert, es ist eine Dynamik entstanden, die auch zu einer positiven Stimmung im Stadtteil und in der Öffentlichkeit geführt hat.

II. SICHERHEIT DURCH KOMMUNALE ORDNUNGSDIENSTE

HANDLUNGSBEISPIEL KOMMUNALER ORDNUNGSDIENST

Die SPD muss präventiv und integrativ auf die Bedrohungslage der Bevölkerung reagieren. Die SPD setzt sich gegen Rückzugstendenzen der Polizei im öffentlichen Raum ein. Solange die Landesregierung die Polizei nicht in die Lage versetzt, durch öffentliche Präsenz Sicherheit zu garantieren, sieht die SPD im kommunalen Ordnungsdienst ein geeignetes ergänzendes Instrument der Prävention.

HANDLUNGSBEISPIEL SICHERHEIT DURCH KOOPERATIONEN UND SICHTBARKEIT

Kooperationen zwischen Polizei und von Kommunen betriebenen Ordnungsdienst erhöhen das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Polizei und der Kommunale Ordnungsdienst betreiben beispielsweise gemeinsam einen „Sicherheitscontainer“ am Paradeplatz, dem zentralen Platz Mannheims. Dies hat zu einer Reduzierung der Beschwerden und einer Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls geführt.

III. SICHERHEIT DURCH TECHNIK

HANDLUNGSBEISPIEL VIDEOÜBERWACHUNG

Kriminalitätsschwerpunkte erlauben landesrechtlich den Einsatz von Videoüberwachung. Mannheim ist Modellstadt für den intelligenten Einsatz vonameratechnik. Dabei soll der Algorithmus ermöglichen, dass nur Auffälligkeiten gezeigt werden, damit Polizeikräfte nicht hinter dem Bildschirm gebunden werden und weiter präsent sein können. Auf Störungen soll direkt reagiert werden, es geht also nicht um Dokumentation und Strafverfolgung, sondern um Intervention

IV. KEIN DULDEN VON BELÄSTIGUNGEN IM ÖFFENTLICHEN RAUM

HANDLUNGSBEISPIEL ALKOHOLVERBOTE

Alkoholverbote können ein spezifisches Mittel sein, um an öffentlichen Hot-Spots hemmend zu wirken.

HANDLUNGSFELD POSER

Das Phänomen der „Poser und Raser“ hat die Mannheimerinnen und Mannheimer bereits seit längerem genervt. Durch eine gemeinsame Aktion der Stadt und des Polizeipräsidiums wird seit Juni 2016 dieses Problem intensiv bearbeitet. 2016 hat die Polizei Mannheim an 49 Kontrolltagen insgesamt 546 Fahrzeuge und 756 Personen kontrolliert. Im Rahmen der Kontrollen wurden 151 Ordnungswidrigkeiten-Anzeigen wegen „Erlöschen der Betriebserlaubnis“ eingeleitet und 73 Fahrzeuge wegen unzulässigen Lärmemissionen sichergestellt. 71 Fahrzeughalter erhielten Betriebsuntersagungen für ihre Fahrzeuge. 2017 wurden 219 Vorgänge zur Anzeige gebracht und 42 Fahrzeuge wegen unzulässigen Lärmemissionen stillgelegt.

V. SICHERHEIT DURCH SCHNELLES UND ABGESTIMMTES VORGEHEN ZWISCHEN KOMMUNE, POLIZEI UND JUSTIZ

HANDLUNGSFELD JUGENDKRIMINALITÄT UND „HAUS DES JUGENDRECHTS“

Seit 2015 arbeiten beim Thema Jugendkriminalität Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe im Haus des Jugendrechts eng an deren Bekämpfung. Vereinbarte Ziele sind unter anderem die Verkürzung der Verfahrensdauer, die schnellere und abgestimmte Reaktion auf Verbrechen oder die Verbesserung der interdisziplinären Kommunikation.

So sank die Zahl der Strafverfahren unter Beteiligung der Jugendhilfe von 1.244 im Jahr 2010 auf 865 im Jahr 2016. Die Zahl der Gerichtsverhandlungen sank von 872 auf 400. Die Anzahl der Straftäterinnen und Straftäter zwischen 14 und 21 Jahren sank in den letzten sechs Jahren von 1.146 auf 782. Wo es sinnvoll ist, wurden beispielsweise gemeinnützige Arbeitsstunden auferlegt.

Autor

Petar Drakul,
Stadtdirektor, persönlicher Referent des
Mannheimer Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz

Kontakt

E-Mail: petar.drakul@mannheim.de
Telefon: 0621/2939306

FRITZ-ERLER-FORUM

LANDESBÜRO DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

**VON „WAS IST KOMMUNALPOLITIK?“
BIS „WIE KANN ICH MICH VOR
ORT ENGAGIEREN?“**

Verschiedene Videostatements mit Expert_innen und Vertiefungstexte zu rund 20 Fragen für Euren Einstieg in die Kommunalpolitik. Eingebettet in einer liebevoll gezeichneten, interaktiven Landkarte. Online und Dokumente zum Download.

Eure solide Grundlage für Euren erfolgreichen Einstieg in die Kommunalpolitik - viel Spaß und Erfolg!

Hier geht es zur Plattform:

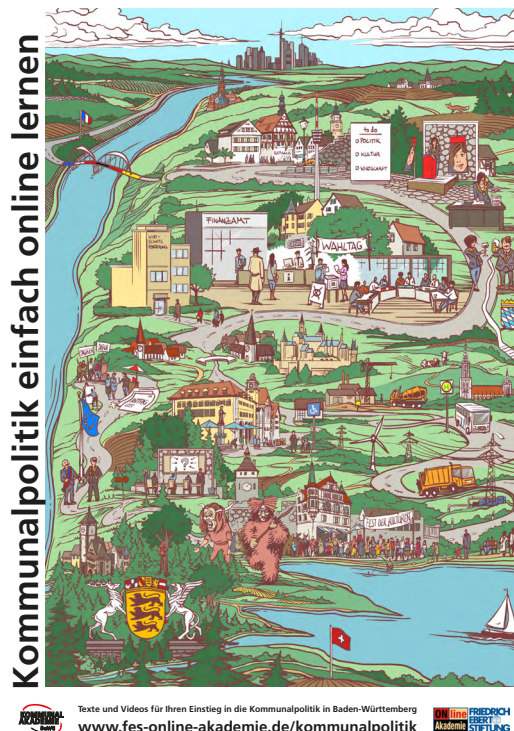
<http://fes-online-akademie.de/online-grundwissen-kommunalpolitik-baden-wuerttemberg/>

KOMMUNALPOLITISCHE ANGEBOTE

Die Kommunen sind die Basis unserer Demokratie. Die hier gemachten Erfahrungen prägen nachhaltig das Verhältnis zu Gesellschaft und Staat. Das kommunalpolitische Ehrenamt stärken und die lokale Demokratie fördern - das sind die Ziele der KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. des Fritz-Erler-Forums in Baden-Württemberg.

Wer etwas bewegen will, muss wissen wie! In der KommunalAkademie vermittelt das Fritz-Erler-Forum nicht nur Sach- und Fachwissen, sondern auch Methodenkompetenzen.

Zu den unterschiedlichsten Themen bietet das Fritz-Erler-Forum Workshops und Seminar an.



Turboworkshops, z.B. zu folgenden Themen:

- Das neue Haushaltsrecht. Von Kameralistik zur Doppik
- Zeitmanagement für Gemeinderät_innen
- Kommunale Sozialpolitik
- Einführung Stadtentwicklungsplanung
- Bürgerbeteiligung in der Kommune
- Demographischen Wandel vor Ort gestalten!

INTERESSE?

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg
Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
E-Mail: info.stuttgart@fes.de

www.fes.de/de/fritz-erler-forum

KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFTEN

ZUKUNFT UND VERANTWORTUNG DER STÄDTE

National wie international wächst die Bedeutung der Städte und Kommunen beständig; entsprechend liegt bei ihnen auch die entscheidende Verantwortung für eine globale nachhaltige Entwicklung. Die großen Herausforderungen für die Städte des 21. Jahrhunderts sind dabei vor allem die Anpassung ihrer Infrastruktur, die Organisation der Mobilität, die zunehmende Migration, der demografische Wandel und der fortschreitende Klimawandel. Was die Städte zur Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben brauchen, sind Erfahrungswissen, Vernetzung, die geschickte Nutzung von Synergien – und dies geht nur miteinander im Rahmen einer globalen kommunalen Zusammenarbeit.

Der strategische Nutzen kommunaler Partnerschaften liegt auf der Hand: Sie können Möglichkeiten nutzen, die in dieser Form nur die kommunale Ebene bietet. Dazu zählen in erster Linie unmittelbare Begegnungen auf Augenhöhe und mit großer Bürgernähe – sie bilden die Grundlagen für den Aufbau und beständigen Ausbau partnerschaftlicher kommunaler Beziehungen, die interkommunalen Austausch von spezifischem Wissen und konkreten Erfahrungen ermöglichen.

Die Agenda 2030 aus dem Jahr 2015 widmet eines ihrer 17 Ziele, genauer gesagt Ziel Nummer 11, der nachhaltigen Entwicklung von Städten. Die „New Urban Agenda“, die im Oktober 2016 auf der dritten HABITAT-Konferenz verabschiedet wurde, enthält Leitlinien für die Stadtentwicklung. Aber auch die übrigen hier genannten Ziele können nicht ohne die Mitwirkung von Kommunen erreicht werden. Für Ziel Nummer 17 – Partnerschaften – haben die Kommunen eine besondere Verantwortung: Sie können globale Partnerschaft auf lokaler Ebene etablieren, festigen, erlebbar und glaubwürdig machen, kurz: mit Leben füllen.

Daraus ergibt sich auch für Kommunen in Deutschland eine ganz neue Verantwortung und eine neue Rolle in der Entwicklungspolitik. Kommunale Entwicklungspolitik muss daher endgültig aus ihrer Nische heraus- und in den Alltag des kommunalen Handelns hineinkommen. Noch deutlicher formuliert: Kommunale Entwicklungspolitik muss – obwohl es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt – zur Normalität werden, ebenso wie die Städtepartnerschaften mit Kommunen in Frankreich, Großbritannien oder Polen längst zum kommunalen Alltag geworden sind. Denn ohne die Unterstützung der Städte können die Probleme in der Welt nicht gelöst werden.

SOZIALDEMOKRATISCHE POSITIONEN: HANDELN AN DER BASIS

Demokratie beginnt an der Basis. Dieser Leitsatz hat die ersten kommunalen Entwicklungspartnerschaften begleitet, aber er bleibt ohne Einschränkung gültig bis in die Gegenwart. Nur dass er erweitert werden muss: Denn aus den Graswurzeln, aus denen auf der untersten staatlichen Ebene demokratische Strukturen wachsen können, kann noch weit mehr hervorgehen. Auch die Offenheit für und Akzeptanz von Migration, die Anpassung der Städte an die Herausforderungen der Zukunft, Transparenz und Bürgernähe oder die Entwicklung von an den Standort angepassten Klimaschutzkonzepten kann nur von unten kommen, von den Städten und Kommunen und unter direkter Beteiligung der Bürgerschaft.

So wie viele Nichtregierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit vor Ort oftmals effektiver und zielgruppengerechter helfen können als die Entwicklungsprogramme des Bundes, so können auch Städte und Kommunen oft schneller und direkter reagieren. Und das sowohl in der

eigenen Kommune mit unmittelbaren Kontakten und lebendigen Netzwerken wie auch in den Partnerstädten - aufgrund persönlicher Beziehungen zwischen Rathäusern, Vereinen, Gewerkschaften, Initiativen und Privatpersonen.

Was Basis- und Bürgernähe angeht, haben die Kommunen gegenüber Land und Bund einen entscheidenden Vorsprung, der sich in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch deutlicher offenbart.

HANDLUNGSBEISPIEL AUS DER KOMMUNALEN PRAXIS

Der Deutsche Bundestag hat mit seinem Beschluss vom Juni 2015 mit dem Titel „Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen“ die Bundesregierung aufgefordert, die Zusammenarbeit deutscher Kommunen mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern stärker zu fördern.

Um dieses Ziel zu erreichen, stellt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) deutschen Städten und Gemeinden finanzielle Förderung zur Verfügung, damit sie sich partnerschaftlich in Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren. Verwaltet werden diese Mittel von der Engagement Global gGmbH mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, welche als Ansprechpartner bereit steht und berät. Durch verschiedene Förderprogramme haben deutsche Kommunen die Möglichkeit, Projekte gemeinsam mit ihren Partnerkommunen im globalen Süden auf die Beine zu stellen.

Die Stadt Freiburg hat mit Hilfe dieser Unterstützung bereits ein dreijähriges Projekt zur Trinkwasserversorgung in der Partnerstadt Wiwilí im Norden Nicaraguas realisiert. Ein Folgeprojekt zum Thema Abwassermanagement ist derzeit in Planung. Auch mit den Partnern in der ukrainischen Stadt Lviv (deutsch: Lemberg) wurden bereits mehrere

Projekte verwirklicht, so beispielsweise das Schnellstarter-Paket, welches speziell für die Ukraine entwickelt wurde.

Auch wenn die kommunale Entwicklungszusammenarbeit eine freiwillige Aufgabe ist, hat die Stadt Freiburg diese in ihren Nachhaltigkeitszielen fest verankert: „Bis 2030 soll eine (über-) regionale Zusammenarbeit zur lokalen nachhaltigen Entwicklung erfolgen und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausgebaut werden“, heißt es dort. Auch die Zielsetzung wird dort eindeutig benannt, nämlich „zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen und Technologien zur Erreichung der Freiburger Nachhaltigkeitsziele und der Ziele für nachhaltige Entwicklung.“

Um gemeinsam mit den Partnerstädten einen Beitrag zur global nachhaltigen Entwicklung zu leisten, organisiert die Stadt Freiburg im Oktober 2018 eine Internationale Städtepartnerkonferenz zu diesem Thema, unter dem Namen ISC18. Auch hier zeigt sich: Durch transkommunale Zusammenarbeit und globale Städtepartnerschaften werden Wissen und Potentiale gebündelt, und Erfahrungen über alle Grenzen hinweg ausgetauscht.

Kommunale Entwicklungspartnerschaften sind dank der finanziellen Unterstützung durch das BMZ für alle deutschen Kommunen deutlich greifbarer geworden. Es ist ein hoffnungsvolles Modell für die Zukunft, von dem auch die hiesigen Städte und Kommunen profitieren können: Denn Lösungsansätze für globale Herausforderungen sind lokal zu finden, aber das nicht nur hier in Deutschland - sondern über den Globus verteilt.

Autor

Martin Horn
Oberbürgermeister der Stadt Freiburg

Kontakt

E-Mail: Martin.Horn@Stadt.Freiburg.de
Telefon: 0761/201 1000

DIGITALISIERUNG IN DEN KOMMUNEN

Die Digitalisierung ist eine, wenn nicht die bestimmende gesellschaftliche Entwicklung unserer Zeit. Sie betrifft (fast) alle Lebensbereiche und damit auch alle Handlungsfelder der Kommunalpolitik. Dies reicht vom Kernbereich der öffentlichen Verwaltung - dem digitalen Bürgerservice - über die Erfassung von Daten zu Steuerung von Prozessen (z.B. Verkehrsströme) bis hin zu verwaltungsinternen Projekten (z.B. Einführung der E-Akte).

SOZIALDEMOKRATISCHE POSITION

Es gehört zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie, dass sie sich als gestaltende und zukunftsorientierte Kraft begreift. Das heißt vor allen Dingen aus wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen gesellschaftlichen Fortschritt zu formen, der allen zugutekommt. Mit Blick auf die Digitalisierung gilt es deshalb dafür zu sorgen, dass nicht einige wenige, sondern alle von den entstehenden Chancen profitieren. Dies beginnt mit einer flächendeckenden, schnellen Internetversorgung und hört bei einer digitalen Wirtschaft, in der sich nicht nur Hochqualifizierte verwirklichen können, auf.

HANDLUNGSBEISPIELE UND HANDLUNGSANSÄTZE

KOMMUNALER BREITBANDAUSSBAU

Die Grundvoraussetzung für die Digitalisierung in Kommunen sind hohe Bandbreiten. Diese werden idealerweise über eine Glasfaseranbindung bis ins Gebäude (FTTB/FTTH) oder künftig über das Mobilfunknetz (5G) erreicht.

Auch wenn die Verantwortung für den Ausbau von Telekommunikationsinfrastruktur grundsätzlich beim Bund bzw. den Telekommunikationsunternehmen liegt, werden sich unterversorgte Gebiete meist nur durch kommunales Handeln erschließen lassen.

Der Ausbau kann dabei landkreisweit erfolgen (Beispiel: Zweckverband Breitbandversorgung Schwarzwald-Baar), interkommunal (Beispiel: öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Gemeinde Hilzingen und der Stadt Tengen) oder auch in Zusammenarbeit mit privaten Anbietern (Beispiel: Zusammenarbeit Telekom und Region Stuttgart). Vereinzelt wird der Ausbau auch durch bürgerschaftliche/private Initiativen (Beispiel: Breitbandgenossenschaft Hagen) vorangetrieben. Gefördert wird der Breitbandausbau durch Programme von Land und Bund.

ÖFFENTLICHES W-LAN

Schnelles Internet ist Bestandteil der Daseinsfürsorge und gehört damit auch in öffentliche Räume. Gemeinden können dies sicherstellen durch die Bereitstellung eines öffentlichen W-LAN auf öffentlichen Plätzen bzw. in öffentlichen Gebäuden. Gegenwärtig fördert die Europäische Union die Errichtung von öffentlichen W-LAN-Hotspots (Programm: wifi4eu).

3. UNTERSTÜTZUNG DER DIGITALWIRTSCHAFT DURCH CO-WORKING SPACES UND MAKERLABS

Das Arbeiten in der Digitalwirtschaft ist anders: dezentraler, vernetzter und teamorientierter. Gemeinden können – idealerweise im Verbund mit weiteren Akteuren (z.B. regionale Wirtschaftsförderung, Kammern) – die Voraussetzungen für die neuen Formen des Arbeitens schaffen. Beispielsweise durch das Anbieten von Co-Working-Spaces, ggf. mit einem Beratungsangebot zu Existenzgründungen (Beispiel: DigitalHub Aachen). In die gleiche Stoßrichtung zielen MakerLabs. Darunter versteht man offene Werkstätten, in denen Hightech-Geräte (u.a. 3D-Drucker, Laser-Cutter, Schneideplotter) zur Verfügung stehen, um zu experimentieren und neue Produktideen zu entwickeln (Beispiel: MakerLab Murnau).

Autor

Bürgermeister Marian Schreier

Kontakt

E-Mail: marianschreier@gmail.com

Telefon: 0176/32492788

KAPITEL 5

ERFOLGREICHES UND NACHHALTIGES BADEN-WÜRTTEMBERG



LÄNDLICHE RÄUME

Mehr als zwei Drittel der Fläche in Baden-Württemberg zählen zum ländlichen Raum und über 3,5 Millionen Menschen leben in ihm. Auch wenn in Baden-Württemberg der Unterschied zwischen Stadt und Land nicht so ausgeprägt ist wie in anderen Teilen Deutschlands, gibt es dennoch spezifische Herausforderungen ländlicher Gemeinden. Dazu zählen unter anderem der demographische Wandel, eine eingeschränkte (öffentliche) Infrastruktur und Fragen der Mobilität. Stellvertretend sei dies am Beispiel des demographischen Wandels aufgezeigt: Zwar geht die aktuelle Bevölkerungsvorausrechnung des Statistischen Landesamtes Baden-Württembergs davon aus, dass die Bevölkerungsanzahl weitestgehend stabil bleibt. Allerdings wird eine zunehmende Überalterung erwartet. Bis 2030 soll das Durchschnittsalter im ländlichen Raum um 3,4 Jahre ansteigen, während es im Landesschnitt nur um 2,7 Jahre und in den Städten nur um 2 Jahre anwächst.

SOZIALDEMOKRATISCHE POSITION

Der Ausgangspunkt einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik für den ländlichen Raum ist die Verwirklichung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dieses Ziel findet sich auch im Grundgesetz, wie der baden-württembergischen Landesverfassung, wieder. Es darf für die Lebenschancen eines jeden Einzelnen keinen Unterschied machen, ob er in den Ballungszentren oder im ländlichen Raum lebt. Damit dies erreicht werden kann braucht es auch in ländlichen Gemeinden ein angemessenes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen (z.B. KiTas) und Infrastruktur (z.B. Breitbandversorgung).

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten legen wir besonderen Wert darauf, dass diese Angebote allen Bevölkerungsgruppen gleich gut zugänglich sind. Schließlich: Bei allen strukturellen Nachteilen, die es im ländlichen Raum gibt, sollte unsere Ansprache nicht nur defizitorientiert sein. Eine der großen Stärken in ländlichen Gemeinden ist das breite und stark ausgebildete bürgerschaftliche Engagement. Viele Herausforderungen vor Ort lassen sich im Schulterschluss von Gemeinde und Bürgerschaft lösen. Unser Anspruch als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es deshalb, die Probleme gemeinsam mit der Bürgerschaft zu lösen und nicht nur am Ratstisch und in der Verwaltung.

HANDLUNGSBEISPIELE UND HANDLUNGSANSÄTZE

Kommunalpolitik für den ländlichen Raum umfasst alle Handlungsfelder einer Gemeinde. Im Folgenden sollen drei Ansätze beispielhaft vorgestellt werden.

1.) INFRASTRUKTUR GEMEINSAM MIT DER BÜRGERSCHAFT STÄRKEN

Es gibt vielfältige Möglichkeiten gemeinsam mit der Bürgerschaft Defizite in der öffentlichen Infrastruktur zu kompensieren. In einer wachsenden Anzahl an Gemeinden werden beispielsweise Mobilitätsangebote organisiert, die (teilweise) ehrenamtlich getragen sind. Das reicht vom Bürgerbus, der als regulärer Linienverkehr auf einer festen Linie mit einem festen Takt verkehrt (Beispiel: Bürgerbus-3Rosen, Gemeinde Rielasingen-Worblingen). Bis hin zu Bürgerrufautos (Beispiel: Bad Liebenzell), also bedarfsorientierten Angeboten, vergleichbar mit einem Taxi.

Bürgerfahrräder verkehren meist außerhalb einer festen Linie und müssen vorbestellt werden. Beiden Lösungen ist gemein, dass sie Lücken im öffentlichen Personennahverkehr schließen und insbesondere für Senioren einen hohen Nutzen haben durch Fahrten zum Arzt oder Einkaufen.

Ein zweiter Handlungsansatz liegt im Feld der Dorfläden und Dorfgemeinschaftshäuser. Dort wo es keine Einkaufsmöglichkeiten und öffentlichen Treffpunkte vor Ort mehr gibt, finden sich oft BürgerInnen, die diese Lücke schließen wollen. Die Gemeinde kann dies auf unterschiedlichen Wegen unterstützen. Zum Beispiel durch organisatorische Hilfestellung bei rechtlichen Fragen, Investitionszuschüsse, Mitarbeit in der Trägerschaft etc. Im Ortsteil Büßlingen der Stadt Tengen gibt es beispielsweise den Bürgerverein Linde, der in einer ehemaligen Dorfwirtschaft ein Begegnungszentrum für Jung und Alt betreibt. Neben sehr viel Eigenarbeit und Fördermitteln, ist die Gründung und der Umbau auch durch Geld der Stadt ermöglicht worden.

2.) DIE HAUSÄRZTLICHE VERSORGUNG SICHERN

Schon heute gibt es rund 170 - insbesondere ländliche - Gemeinden in Baden-Württemberg, die keinen niedergelassenen Hausarzt mehr haben, weitere 198 Kommunen gelten als unterversorgt. Diese Entwicklung wird sich weiter verschärfen: In den nächsten Jahren stehen mehr als 500 Hausarztpraxen zur Übergabe an. Rein rechtlich betrachtet ist es Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg, die hausärztliche Versorgung sicherzustellen. Politisch werden aber oft die Gemeinden in die Verantwortung genommen werden.

Die klassische Einzelpraxis wird im Regelfall kaum Chancen auf eine Nachfolge haben. Dies liegt vor allen Dingen daran, dass Einzelpraxen keine flexiblen Arbeitszeitmodelle und nur eingeschränkten fachlichen Austausch bieten. Daher gilt die Gemeinschaftspraxis, eventuell mit Filialpraxen

in angrenzenden Gemeinden, als Zukunftsmodell für den ländlichen Raum. Gemeinden können einerseits den Weg dorthin fördern: Zum Beispiel in dem sie Bestandspraxen bei der Konzeption einer Gemeinschaftspraxis begleiten, ggf. auch durch Finanzierung fachkundiger externer Beratung. Andererseits können sie die baulichen Voraussetzungen schaffen durch Errichtung eines Ärztehauses bzw. Vermietung von Praxisräumen. Die Stadt Tengen befindet sich gegenwärtig in dem Prozess, ein Ärztehaus zu bauen. In diesem soll neben einer Gemeinschaftspraxis auch der Zahnarzt untergebracht werden.

3.) JUNGEN FAMILIEN EINE PERSPEKTIVE BIETEN

Aufgrund der eingangs geschilderten demographischen Veränderungen ist es für ländliche Gemeinden entscheidend, junge Familien im Ort zu halten bzw. durch Zuzug hinzuzugewinnen. Bezahlbares Bauland und Wohnraum spielen dafür eine wichtige Rolle. Bei Neubaugebieten hat die Gemeinde u.a. folgende Möglichkeiten: In den Kriterien für die Vergabe von Bauplätzen können junge Familien vorrangig berücksichtigt werden, der Baulandpreis kann für jedes Kind um einen festen Betrag verringert werden, Familien können mit Blick auf Fördermittel und vergünstigte Kredite beraten werden. Auch bei Bestandsgebäuden gibt es Instrumente. Einige Gemeinden praktizieren inzwischen das Modell „Jung kauft Alt“. D.h. junge Familien werden beim Ankauf eines älteren Gebäudes unterstützt, z.B. durch einen Sanierungszuschuss oder Fördermittelberatung.

Autor

Bürgermeister Marian Schreier

Kontakt

E-Mail: marianschreier@gmail.com

Telefon: 0176/32492788

HERAUSFORDERUNGEN FÜR URBANE RÄUME

WACHSTUM SOZIAL GESTALTEN

Urbane Räume und Städte stehen vor bedeutenden Herausforderungen, die über Stadtgrenzen hinaus verbindend sind und von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gestaltet werden müssen.

STÄDTE ALS ANZIEHUNGSPUNKT: HERAUSFORDERUNG WACHSTUM

Ein Trend, der sozusagen als Ausgangspunkt und Überschrift für viele Themen des urbanen Raums gelten kann, ist mit Sicherheit das Wachstum von Städten, die Neigung zur Reurbanisierung, die wir seit Jahren beobachten können, ohne ein absehbares Ende. Fachkräfte und ihre Familien wollen in einem bundesweiten Bewerbemarkt gezielt in die Städte im Südwesten ziehen, Student*innen kommen zu uns, Senior*innen ziehen im Alter wieder für mehr Lebensqualität in die Zentren, kreative Köpfe werden angezogen. Alleine die Stadt Karlsruhe wird voraussichtlich im kommenden Jahrzehnt um über 20.000 Einwohner*innen wachsen. Es gibt bereits lokale Debatten, inwiefern dieser Trend mit all seinen Belastungen für den urbanen Raum überhaupt seitens der Städte gewünscht ist, und ob sich dieser Raum nicht etwas unattraktiver für den Zuzug gestalten sollte.

Als Partei des Fortschritts und des Optimismus sollten wir uns aber nicht an diesem reflexhaften Abwehrmuster orientieren. Es geht nicht um ein weniger an Attraktivität und Magnetkraft für Städte, es muss uns um die soziale Gestaltung dieses Wachstums gehen und um eine Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes im regionalen Umland, um Städte zu entlasten. Städte müssen sich nach außen definieren als Orte der Begegnung, der kulturellen Offenheit, der Liberalität und nicht als Orte der Abschottung.

Eine signifikante Veränderung des Wachstumsdruckes ist ohnehin eher mittelfristig unwahrscheinlich, die Politik sollte von einer hohen Grunddynamik ausgehen und darauf ihre Aufmerksamkeit lenken.

WAS SIND DIE TOP-KONSEQUENZEN AUS DEM STÄDTEWACHSTUM?

1.) BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Die Zahl von preiswerten Mietwohnungen mit Sozialbindung ist über die letzten Jahrzehnte in Folge der Abschaffung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbaugenossenschaften in der Ära Kohl in allen Städten deutlich zurückgegangen. Zusätzlichen Druck in den Wohnungsmarkt bringen in den Städten die knappen Flächen für den Wohnungsbau, oftmals geringe Leerstandsquoten und ein Mangel an strategischer Steuerung beim Wohnungsbau.

In den letzten Jahren haben einige Städte auf diese Entwicklung auch auf Betreiben der SPD reagiert mit einem Maßnahmen-Mix: feste Quoten von preiswerten Mietwohnungen zwischen 20 und 50 Prozent für neue Bebauprojekte, kommunale Wohnbauförderprogramme, die eine zusätzliche Hebelung der Landeswohnraumförderprogramms bewirken, Sicherung von Flächen für den Wohnungsbau durch das kommunale Vorkaufsrecht beziehungsweise Erbbauverträge (insbesondere bei Konversionsflächen) und zusätzliche Steuerung über städtische Wohnungsbaugesellschaften. Diese Maßnahmen können auch eine Trendumkehr bei den Sozialbindungen für Mietwohnungen bewirken. Die Herausforderungen werden durch die hohe Wachstumsdynamik nicht kleiner.

So können in den Flächennutzungsplänen auf mittlere Sicht die ausgewiesenen Flächen kaum mit dem Bevölkerungszuzug mithalten. So sind weitere Maßnahmen gefordert wie das Bauen in die Höhe oder eine konsequente Nachverdichtung.

2.) FÜR EIN STARKES BETREUUNGSANGEBOT

SORGEN

Das Bevölkerungswachstum erfordert einen immer höheren Grad an Bedarfsdeckung im Bereich der Kinderbetreuung in allen Altersgruppen. Bereits im frühesten Kindesalter werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Kindertageseinrichtungen sind als Vorbereitung auf das schulische Lernen elementar. Der Ausbau des Angebots von Kinderbetreuungseinrichtungen bei stetig steigender Qualität muss mit der Entlastung der Eltern bis letztendlich zur kompletten Gebührenfreiheit einhergehen.

Selbstverständlich müssen die Kommunen hier über den Städtetag Druck auf das Land ausüben, die notwendigen Mittel dafür bereitzustellen und auf die Effekte der Aufhebung des Kooperationsverbundes zwischen Bund und Ländern bei der frühkindlichen Betreuung setzen. Aber wir Sozialdemokrat*innen müssen hierbei eigene Akzente vor Ort setzen. Entweder über einen fokussierten Einstieg in den Abbau von KITA-Beiträgen, die Ausweitung von Vergünstigungen auch auf die Kindertagespflege oder die Einführung einer Geschwisterkindregelung, die zu deutlich reduzierten Beiträgen ab dem zweiten Kind führt. Schließlich sind Strategien erforderlich, um im Fachkräftemarkt für Erzieher*innen mit attraktiven Angeboten zu punkten.

3.) WACHSENDE STÄDTE MÜSSEN

SOZIALE STÄDTE SEIN

Dazu gehört für mich ein umfassender Blick auf den sozialen Zusammenhalt einer Stadtgesellschaft. Die Sozialdemokratie muss Kommunen als eine Heimat definieren, die über soziale Nähe

Bindungen schafft, die sinnstiftendes Engagement ermöglicht und Regeln aufstellt, die jede und jeder kennt.

Daraus kann man verschiedene Vorgehensweisen ableiten: Ehrenamtliches Engagement in unseren Städten soll belohnt werden, zum Beispiel über städtische „Volunteer-Netzwerke“, und kann so zu einer größeren Identifikation mit Städten und Stadtteilen beitragen. Die Sozialdemokratie muss für die Sanierung von Stadtteilen und Quartieren eintreten, sowohl durch Aufwertung von Gebäuden, Schulen, Plätzen und Straßen als auch durch ein professionelles Quartiersmanagement, um so unsichtbare Grenzen zu überwinden. Schließlich kommt der kommunalen Präventions- und Sozialarbeit eine große Rolle zu, um Konflikte zu deeskalieren, die Integration von Migrant*innen zu verbessern, für ein größeres Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu sorgen und der Verschmutzung von Städten entgegenzuwirken.

Diese Punkte stellen einen Ausschnitt der großen Herausforderungen für (wachsende) Städte und Großstädte dar. Es gibt viele weitere Themen, wie den Klimawandel, die Zukunft der Mobilität oder die Stärkung von Innenstadtlagen und sogenannten B-Zentren, die hier aus Platzgründen nicht weiter vertieft werden können. Wichtig ist, dass sich sozialdemokratische Kommunalpolitik nicht nur als Verwaltungsmanagement sieht, sondern von Werten und Haltungen bestimmt ist, von einem Bild, wohin wir unsere Städte weiterentwickeln wollen. Nur so können diese großen Herausforderungen erfolgreich bewältigt werden.

Autor

Parsa Marvi
Fraktionsvorsitzender SPD Karlsruhe

Kontakt

E-Mail: parsa.marvi@gr.karlsruhe.de
Telefon: 0721/29290

WOHNEN, LEBEN, WÜRDE

ALTERSGERECHTE STADTENTWICKLUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Mit steigender Lebenserwartung geht auch die Notwendigkeit seniorengerechter Dorf- und Stadtentwicklungsplanung und Stadtentwicklung einher. Konkret wird es in den Fachplanungen (Verkehr, Wohnen, Leben, Umwelt...). Dabei ist seniorengerechte Stadtentwicklung auch Stadtentwicklung für Kinder, Familien, Behinderte oder Arbeitnehmer*innen. Natürlich ist seniorengerechte Stadtentwicklung nicht umsonst zu haben, aber auch finanziell profitieren nicht nur die Senior*innen davon, denn es werden auch Mitteln eingespart, die andernfalls später für Versorgung und Betreuung notwendig wären. Davon profitieren dann wieder Arbeitnehmer*innen, Frauen und Kinder, im Prinzip alle Bürger*innen.

Eine **seniorengerechte Stadtentwicklung** kann sich schon in kleinen Dingen zeigen und ist daher oft leicht realisierbar und perfekt für eure Wahlprogramme geeignet.

Einige Beispiele:

- Senior*innen sind oft nicht mehr gut zu Fuß, weshalb für ausreichend Ruhepunkte, z.B. Sitzbänke gesorgt werden sollte. Diese laden zum Ausruhen und Verweilen für alle ein.
- Ausreichend öffentliche und gepflegte(!) Toiletten nehmen Senior*innen die Angst längere Zeit das Haus zu verlassen. Ausgestattet mit Wickeltischen sind sie zugleich auch für Familien mit kleinen Kindern eine wichtige Unterstützung. Zusätzlich sollten Kooperationen mit den Geschäften und Lokalitäten in der Stadt getroffen werden.

Ältere und alte Menschen möchten so lange wie möglich **in den eigenen vier Wänden wohnen**. Um dies zu ermöglichen, sind aber nicht nur bauliche Maßnahmen in der eigenen Wohnung notwendig, auch die Erreichbarkeit von Ärzten und Apotheken, Behörden, Einkaufsmöglichkeiten und Treffpunkten sind von entscheidender Bedeutung. Manche Dinge, wie bauliche Veränderungen in Richtung Senioren-, aber auch Kinderfreundlichkeit bei Bauprojekten lassen sich ordnungspolitisch durch Regeln und Auflagen durch Verwaltungen festlegen. Andere Punkte, wie etwa eine funktionierende Innenstadt, weg von der Entleerung der Innenstädte sind langfristig angelegte Aufgaben. Nicht jeder hat ein eigenes Auto oder kann selber noch fahren, um auf der grünen Wiese einkaufen zu gehen, sollen sie und er auch nicht.

Auch bei der **Gestaltung von Verwaltungsabläufen** muss auf die Anliegen und Bedürfnisse älterer Menschen Rücksicht genommen werden. So sollten alle Gebäude behindertengerechte Zugänge haben, dazu gehören ebenerdige Zugänge oder Rampen, Aufzüge, Handläufe an allen Treppen, aber auch gut lesbare und verständliche Hinweisschilder, ebenso wie gut lesbare und verständliche Formulare mit ausreichend großer Schrift. Die Möglichkeit einer digitalen Bearbeitung von zu Hause aus, kann anstrengende Wege in die Verwaltung ersparen.

Für ein **ausreichendes Sozialleben** sollte die Kommune Treffpunkte für Senior*innen bereitstellen, bevorzugt generationenübergreifend. Dazu können regelmäßige Möglichkeiten zum Treffen und einfachen Austausch zählen, aber auch Bastel- oder Musikangebote, Weiterbildungen, Ausflugs- oder Sportmöglichkeiten.

Bei den **Fußgängerwegen** sollten nicht nur die oben angesprochenen Punkte zu Ampeln berücksichtigt werden. Generell sollten Fußgänger*innenwege ausreichend breit sein, so dass sie auch mit Rollatoren gut genutzt werden können. Dunkle Wege und Gassen ohne Straßenbeleuchtung sind unbedingt zu vermeiden, genauso wie Fußgänger*innentunnel. Für Menschen mit Sehbehinderung sind besondere Markierungen und Linien an den Wegen und Übergängen zu installieren.

Große Kommunen sollten über einen **gut ausgebauten, barrierefreien ÖPNV** mit bezahlbaren Preisen verfügen. Gerade ältere Menschen, die über kein eigenes Auto mehr verfügen, sind auf dieses Angebot angewiesen. In kleinen Kommunen können Hol- und Bringdienste oder Bürger*innenbusse eine gute Alternative zum ÖPNV sein. Ein hervorragendes Beispiel ist der Bürger-bus Plankstadt, der mit Hilfe von Ehrenamtlichen einen 6-Tage-Betrieb aufgenommen hat – im Halbstundentakt.

Die in den Städten und Gemeinden bereits bestehenden Organisationen wie Nachbarschaftsvereine, Seniorenräte sollten sich im Rahmen der Bürgerbeteiligung zu einem Treff – Kommunikation der Generationen – zusammenfinden. Dort lassen sich die ehrenamtlichen Aktivitäten für die Menschen über alle Altersgrenzen hinweg koordinieren.

Autoren

Lothar Binding, Ute May und Wolfgang Ebsen,
Landesvorstand der AG 60 plus

Kontakt

Lothar Binding MdB
Landes- und Bundesvorsitzender AG 60 plus
E-Mail: Lothar.binding.wk@bundestag.de
Telefon: 06221/182928

BESSERE MOBILITÄT FÜR DIE MENSCHEN

WAS IST MOBILITÄT?

- Mobilität ist Vernetzung, Verknüpfung der Verkehrsmittel in zweifacher Dimension

WAS MUSS SICH ÄNDERN FÜR EINE BESSERE MOBILITÄT ?

- Die Verkehrsinfrastruktur - Bau von Knoten zwischen Bahn, Bus, Fahrrad, Auto
- Die Kommunikation - eine App, eine Schnittstelle für einen Verkehrsraum, verkehrsmittelübergreifende Tickets

Mobilität bedeutet gesellschaftliche Teilhabe und ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Durch Mobilität kommen die Menschen in der Gesellschaft in Kontakt: Sie gelangen zum Arbeitsplatz, zu ihren Freizeitaktivitäten, Waren und Dienstleistungen werden ausgetauscht. Jeder Mensch, egal welchen Alters, will mobil sein, hat aber andere Bedürfnisse an die Mobilität. Das zeigt: Mobilitätspolitik ist viel mehr als klassische Verkehrspolitik.

URBANE MOBILITÄT

In den nächsten Jahren werden die Bevölkerungszahlen, insbesondere in den Metropolen und Städten, weiter steigen. Dies wirft speziell Fragen nach der Gestaltung einer nachhaltigen urbanen Mobilität auf. Die Lebensqualität der Menschen muss gewahrt werden, Luftqualität und Lärmschutz sowie Verkehrssicherheit sollen gewährleistet sein.

MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM

Daneben darf nachhaltige Mobilität in ländlichen Regionen nicht außer Acht gelassen werden und auch für den Stadt-Umland-Verkehr müssen zukunftsfähige Verkehrslösungen gefunden werden. Wollen wir, dass die Pendlerströme weiter zunehmen?

SITUATION IN BADEN-WÜRTTEMBERG

In Baden-Württemberg mit seinem 10,7 Millionen Einwohnern gibt es starke Unterschiede zwischen urbanen und Metropolregionen und auch innerhalb der ländlichen Regionen. Dies hat eine starke Pendleraktivität zur Folge. Nahezu 60 Prozent der rund 5,4 Millionen Berufstätigen pendelt täglich über Kreisgrenzen hinweg. Sie sind, wie die Wirtschaft in Baden-Württemberg, auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Gut ausgebaute Verkehrswege und eine Öffnung gegenüber multimodalen Mobilitätskonzepten sind die Voraussetzung für die Mobilität der Menschen und eine funktionierende Wirtschaft. Auch wenn es wirtschaftlich starke ländlichen Regionen leiden diese unter einer meist schlecht ausgebauten verkehrlichen Infrastruktur.

Wir wollen den derzeit guten Lebensstandard in Baden-Württemberg halten und Mobilität für alle Menschen gleichsam gewährleisten. Damit sind weitere Investitionen in den Erhalt der Infrastruktur notwendig. Ebenso muss der Ausbau der Infrastruktur von Energie- und Kommunikationsnetzen vorangetrieben werden,

Die traditionelle Bindung an den PKW nimmt zumindest in den Großstädten ab. Stattdessen nimmt die Nutzung verschiedener Verkehrsträger (multimodal) und der Wechsel zwischen den Verkehrsträgern (intermodale Mobilität) zu. Die Zukunft der Mobilität wird also nicht mehr nur durch den wachsenden Mobilitätsbedarf geprägt, sondern auch durch eine zunehmende Mobilitätsvielfalt. Auch die Alltagsmobilität der Bürger wird weiter zunehmen. Innovative Mobilitätsangebote und Mobilitätsdienstleistungen wie Pedelecs oder Mobilitätskarten führen schon heute zu einem veränderten Mobilitätsverhalten.

Intermodale Verkehrskonzepte gewinnen zunehmend an Bedeutung. Multimodalität funktioniert aber derzeit nur in den Innenstädten, vorrangig in den Metropolen. Nur hier kann man zwischen einer Vielzahl an Fortbewegungsmöglichkeiten wählen. Ziel muss sein, alle Bürgerinnen und Bürger gut und multimodal an die Zentren anzubinden. Dazu braucht es zukunftsfähige Mobilitätskonzepte und Anreize, die zu einer Stärkung des Umweltverbundes beitragen.

FORDERUNGEN FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

VERNETZUNG DER MOBILITÄT

Wir fordern eine Vernetzung der Verkehrsmittel. Im Rahmen der Verkehrsinfrastruktur müssen die Angebote von Bahn, Bus, Rad und dem Auto miteinander verknüpft werden. Es geht um ein koordiniertes Vorgehen, einer Vernetzung sämtlicher Verkehrsträger untereinander (RBL-rechnergestütztes Betriebsleitsystem). Dabei müssen Knotenpunkte geschaffen werden, die Umstiege ermöglichen. Die Verkehrsinfrastruktur der Zukunft ist ausgerichtet auf inter- bzw. multimodale und gemeinschaftlich genutzte Mobilität. Voraussetzung hierfür sind eine digitale Infrastruktur sowie Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und alternative Kraftstoffe.

Eine Verbesserung der Qualität des Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) ist dabei unabdingbar. Vor dem Hintergrund der wachsenden Kapazitätsprobleme in Metropolen und in größeren Städten ist die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV die zentrale Herausforderung. Die ÖPNV-Unternehmen müssen sich zu Mobilitätsdienstleistern weiterentwickeln. Sie sind gleichzeitig die Betreiber, Besteller, Organisator oder Partner dieser Leistungen. Konsequenz wäre die Entwicklung eines umfassenden, vernetzten Mobilitätsverbundes von:

- Bussen, Bahnen, Carsharing, Taxen, Fahrradverleihsystemen u.a.
- Dienstleistungen einschließlich der Infrastruktur (Parkraum, Ladestationen) und der Vernetzung mit dem eigenen PKW.

Eine App als Schnittstelle für den Verkehrsraum, um so größtmögliche Effizienz zu erreichen, muss das Ziel sein. Außerdem kann damit das Optimum an Angeboten herausgeholt werden. Die Digitalisierung bietet hier Chancen, beispielsweise über App-basierte Dienstleistungen im Taxen- und Mietwagenverkehr wird die Bestellung sowie die bargeldlose Bezahlung ermöglicht. Dies sollte zum Standard ausgebaut werden.

EIN VERKEHRSVERBUND FÜR DAS GESAMTE LAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir fordern einen Verkehrsverbund für ganz Baden-Württemberg. Die derzeitige Situation von 22 Verkehrsverbünden ist unübersichtlich und ineffizient. Eine umsteigefreie Fahrt mit einem Ticket ist nicht möglich. Die Verkehrsleistung endet bislang meist an der Verbundgrenze, der Mobilitätsbedarf aber nicht. Durch einen Zusammenschluss der Verbünde ist eine kostengünstigere, flächenübergreifende Gesamtorganisation möglich. Wir fordern einheitliche Tarifmerkmale und Produktnamen.

DIFFERENZIERTE LÖSUNGEN FÜR DEN URBANEN UND DEN LÄNDLICHEN RAUM

Auch wenn die Verbesserung der öffentlichen Mobilität eine besonders große Rolle im städtischen Verkehr spielt, haben die Menschen in den ländlichen Regionen ähnliche Mobilitätsbedürfnisse. Im ländlichen Raum ist das Auto nach wie vor das wichtigste Verkehrsmittel zur Sicherstellung der Mobilität. Wir fordern für die ländlichen Regionen eine verlässliche Förderung der Infrastruktur und leistungsfähige Mobilitätskonzepte. Mobilität ist die Voraussetzung dafür, ländliche Räume zu stabilisieren, die Pendlerverkehre zu reduzieren und die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum zu stabilisieren und oder neu zu entwickeln.

Zur Stabilisierung der ländlichen Regionen gehört die zumindest die Aufrechterhaltung der Infrastruktur.



Das bedeutet als Ergänzung zum klassischen ÖPNV Ausbau von: Mitfahrgelegenheiten, Einsatz von Rufbussen (über Apps anfunkbar), Sammeltaxis, Bürgerbussen, Kleinere Busse, flexibel buchbar, mit intelligenter Routenführung. Ausweitung des Angebots von digitalen und dynamischen Möglichkeiten (on demand), funktionierenden Kommunikationsnetz (5G).

SAUBERE AUTOS FÜR UNSER LAND. E-MOBILITÄT IN ALLEN AUSPRÄGUNGEN IST DIE ZUKUNFT

Mobilität muss sauberer und leiser werden. Es geht für unsere Menschen um Klima- und Gesundheitsschutz. Neben den CO2-Emissionen müssen auch die Luftschadstoffe und Lärmemissionen im Rahmen des Stadtverkehrs verringert werden.

Die Förderung der Elektromobilität wirkt sich positiv auf die Umweltbilanz aus und führt zur Entlastung der urbanen Verkehrsinfrastruktur. Der Klimaschutzplan und die gesteckten Ziele geben der Verkehrspolitik die entscheidende Richtung vor. Für die Elektromobilität gilt es, die entsprechenden fiskalischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen zu schaffen, um eine emissionsfreie Mobilität zu schaffen und zu gewährleisten. Der Ausbau der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum sowie in Parkhäusern muss endlich angegangen werden.

Elektromobilität ermöglicht – beispielsweise auch durch E-Carsharing eine ökologisch verträgliche, sozial verpflichtende und ökonomisch effiziente Mobilität. Nur in dieser Verknüpfung werden Mobilität und Verkehr zukunftsfähig und stadtverträglich. Die Potentiale der Elektromobilität müssen verkehrsträgerübergreifend angegangen werden. Darüber sollte die Umstellung der öffentlichen Fuhrparks auf Elektromobilität und flexiblere Transportformen (Pedelegs, Transportfahrräder) ein Zeichen als Vorreiter setzen.

KOMMUNEN BRAUCHEN HOHEIT DARÜBER, WER SICH GEWERBLICH IN IHRER KOMMUNE BETÄTIGT

Die Kombination von ÖPNV und anderen Bedienformen wird für den modernen Mobilitätsmix immer wichtiger. Wer kein eigenes Auto besitzt, kombiniert vor allem in den Großstädten und

Ballungsräumen die unterschiedlichen Verkehrsmittel und wechselt bedarfsgerecht zwischen Bus, Bahn, dem CarSharing-Fahrzeug und dem Fahrrad. Dabei bieten die multimodale Verknüpfung von Verkehrsleistungen und die Digitalisierung im ÖPNV erhebliche Chancen. Aber die Kommune (wie beim ÖPNV auch) sollte über Bedienungsgebiet und Zeit des Angebotes bestimmen. D.h. wenn car2go oder DriveNow kommt, muss er eine Genehmigung der Kommune erhalten. Dafür benötigen wir die Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG).

Die Entwicklung neuer Vermittlungs- und Verkehrsdienste in Ergänzung zum ÖPNV muss im PBefG verankert werden. Den Städten und Gemeinden ist dabei ein Entscheidungsermessen bezüglich der Zulassung neuer Verkehrsdienste einzuräumen.

Eine weitere Möglichkeit der optimaleren Nutzung unserer öffentlichen Verkehrsmittel ist die Entwicklung eines neuen „Postkutschenprinzips“. D.h. Nutzung der Verkehrsmittel für den Personen und Gütertransport. Dies ist besonders in ländlichen Räumen wesentlich effizienter, kosten- und energiesparender. Dies wurde z.B. im Land Brandenburg bereits ermöglicht und die Bremer Strassenbahn AG hat schon lange Briefkäste in ihren Zügen.

ZUSAMMENFASSEND

Wir brauchen neue flexible Mobilitätskonzepte, Verbesserung und Vereinfachung der Kommunikations und Bezahlstrukturen. Wir brauchen kein Verstecken hinter Altbekanntem, dem Vorschieben von Regelungen, die Neuerungen angeblich nicht zulassen. Wir brauchen Mobilität in den Köpfen dann erreichen wir auch die bessere Mobilität für die Menschen.

Autoren und Kontakt

Stefan Heimlich
Vorsitzender ACE Auto Club Europa e.V.
E-Mail: stefan.heimlich@ace.de
Telefon: 0711-5303-100

Annette Sawade
ehem MdB, Kreisrätin
stellv. Vorsitzende der Landes- und Bundes-SGK
E-Mail: annette.sawade@t-online.de

SGK BADEN-WÜRTTEMBERG

HOMEPAGE ZUR KOMMUNALWAHL

Die SGK Baden-Württemberg hat zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2019 eine neue Homepage geschaltet. Diese soll Hilfestellung im anstehenden Kommunalwahlkampf geben. Die Webseite richtet sich an alle Mitglieder der SGK und der SPD, die im Kommunalwahlkampf aktiv werden wollen.

Ihr findet wichtige Termine, wie z.B. Fristen zur Abgabe von Listen, Hinweise auf Seminare und Schulungsangebote der SGK, der SPD Baden-Württemberg und anderer Organisationen wie der Landeszentrale für Politische Bildung oder der Friedrich-Ebert-Stiftung.



Darüber hinaus gibt es viele Tipps und Tricks zum Wahlkampf und seiner Planung, Video-Tutorials, Best-Practice-Beispiele und Vorlagen, die ihr verwenden könnt.

Abgerundet wird das Angebot durch einen Infoservice und die Möglichkeit, Expert/innen um Rat zu fragen. Im Best-Practice-Bereich gibt es für euch die Möglichkeit, erfolgreiche Aktionen und Veranstaltungen für andere zur Verfügung zu stellen. Der Gedanke ist, dass sich die Webseite im Lauf des Wahlkampfes füllt – mit Inhalten von uns und von Euch! – und so zu einer Art Drehscheibe in Fragen Kommunalwahlkampf wird.

Daher seid ihr eingeladen, Eure Ideen und Anregungen an uns zu schicken und wir stellen sie auf der Webseite ein.

Zur Homepage gelangt ihr über diesen Link www.kw2019.sgk-bw.de

Das Passwort könnt ihr als SGK- oder SPD-Mitglied in unserer Geschäftsstelle per Mail an: kw2019@sgk-bw.de. anfordern.

Und nun viel Erfolg im Wahlkampf!

KONTAKT

SGK Baden-Württemberg e.V.
 Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik
 Untere Neckarstraße 50
 74072 Heilbronn
 Tel.: 07131-783625
 E-Mail: info@sgk-bw.de

www.sgk-bw.de
facebook.com/sgkbw

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG IN DER KOMMUNE

ORTE ZUM LEBEN UND ARBEITEN

Baden-Württemberg zeichnet sich durch seine dezentrale Wirtschaftskraft aus. Auch abseits der großen Entwicklungsachsen finden sich die „hidden Champions“ – oder „Weltmarktführer im Seitental“, die eine besondere Stärke unseres Landes sind. Die guten wirtschaftlichen Kennzahlen der vergangenen Jahre lassen mancherorts allerdings den Eindruck aufkommen, dass eine positive Entwicklung ein Selbstläufer wäre.

Neben harten Standortfaktoren wie beispielsweise der Verfügbarkeit von Gewerbefläche, dem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder der Infrastruktur wird auch die Bestandspflege von zunehmender Bedeutung sein, um frühzeitig die Bedürfnisse des bereits ansässigen Gewerbes zu erkennen.

Aus sozialdemokratischer Perspektive ist gerade der Erhalt und der Ausbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in klein- und mittelständischen Unternehmen, möglichst wohnortnah, ein erstrebenswertes Ziel: es erhöht die Identifikation mit dem Wohnort und der Region, es verkürzt Pendelwege, es stärkt die Standorttreue.

HANDLUNGSANSÄTZE AUS WALDKIRCH UND DER REGION

BREITBAND AUSBAU

Die Bereitstellung einer funktionierenden Infrastruktur ist mit Sicherheit die wichtigste Aufgabe für den Wirtschaftsstandort. Dies geht inzwischen über das Vorhandensein von Straßen und Bildungseinrichtungen hinaus. Die Leistungsfähigkeit der Datenleitungen wird zu einem immer schwierigeren Nadelöhr für die wirtschaftliche Entwicklung.

Nach mehreren Interessenbekundungen aus der Unternehmerschaft haben sich die Stadtwerke Waldkirch daher entschlossen, selbst in die Verlegung von Glasfaser einzusteigen und als Telekommunikationsanbieter aufzutreten. Inzwischen ist ein Großteil der Gewerbegebiete erfolgreich verkabelt und die Kundenquote der Stadtwerke liegt über 90 Prozent in den angeschlossenen Gebieten.

WIRTSCHAFTSDIALOG

Um mit den Unternehmern im direkten Gespräch zu bleiben, bietet die Stadt zweimal im Jahr die Gelegenheit zur Teilnahme an den „Wirtschaftsdialogen“ an. Dabei wird ein Thema vorgegeben, zu dem meist ein externer Referent eingeladen wird (bisherige Themen: Standortmarketing, Zukunft der Arbeit). Der zweite Teil der Veranstaltung besteht dann im gegenseitigen Austausch, um möglicherweise gemeinsame Projekte zu identifizieren. Die Resonanz ist durchweg positiv und die Veranstaltungen werden von Vertretern der größeren Firmen ebenso wahrgenommen wie von kleineren Unternehmen und Selbstständigen.

GEWERBEFLÄCHENENTWICKLUNG

Die Bereitstellung von neuen Gewerbeflächen ist mit die schwierigste Aufgabe, da vielfältige andere Interessen gegenüber stehen: möglichst flächenschonendes Bauen, die Konkurrenz mit der Entwicklung von Wohnbaufläche oder natur- und immissionsschutzrechtliche Fragestellungen um nur einige zu nennen. Dennoch führt vielerorts kein Weg an der Entwicklung neuer Flächen vorbei, insbesondere wenn man Produktionsstandorte modernisieren und langfristig erhalten möchte.

BESCHÄFTIGUNGSFÖRDERUNG

Mit der Wabe gGmbH (Waldkircher Beschäftigungsgesellschaft) behalten wir auch diejenigen im Auge, die trotz Hochkonjunktur und Fachkräftemangel auf dem ersten Arbeitsmarkt schwer Fuß fassen können. Ausbildungslotsen, Teilzeitausbildungen, Beschäftigungsangebote und vieles mehr sorgt dafür, dass der Übergang in eine reguläre Beschäftigung gelingen kann. Besonders wertvoll ist die Kooperation mit den Unternehmen. Die vier größten Firmen in Waldkirch sind – ebenso wie die Stadt – Anteilseigner der gGmbH und damit direkt in die Arbeit der Beschäftigungsgesellschaft involviert.

Autor

Oberbürgermeister Roman Götzmann

Kontakt

E-Mail: goetzmann@stadt-waldkirch.de

Telefon: 07681/404-132

ENERGIEVERSORGUNG UND STADTWERKE

Die Gewährleistung der Energieversorgung für die Bürgerinnen und Bürger zählt zur kommunalen Daseinsvorsorge, genauso wie Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr oder Friedhofswesen. Da unsere hochentwickelte Gesellschaft von der Verlässlichkeit von Strom- und Wärmelieferungen abhängt, ist die wichtigste Anforderung an die Energielieferung die Versorgungssicherheit.

Außerdem ist eine ökologisch verantwortungsvolle, d. h. mittelfristig CO₂-neutrale Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien unabdingbar, wenn wir die ökologischen und finanziellen Folgen des Klimawandels eindämmen wollen. Dies muss mit einer hohen Primärenergie-Effizienz einhergehen. Da erneuerbare Energien dezentral anfallen und bei der Wärmeversorgung dezentrale Abnehmer vorhanden sind, ist die kombinierte Erzeugung von Strom und Wärme eine Schlüsseltechnologie. Mittels Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen wird dabei Strom erzeugt, der ins lokale Netz eingespeist wird, während die anfallende Wärme zur Gebäudeheizung verwendet wird.

Wegen der Bürgernähe sind lokal verankerte Betriebe geeignete Akteure für die Umsetzung dieser Aufgaben. Energieversorgung gehört deswegen in die Hände kommunaler oder anderer lokaler Unternehmen.

Ziel unserer Politik ist es, kommunale Energieversorger und Energiegenossenschaften zu fördern und die Entscheidungen von Städten und Gemeinden in der Abwägung bei Konzessionsvergaben zu stärken.

Wir sind davon überzeugt, dass ein lokal verantwortliches Unternehmen sehr viel mehr auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort achtet, als ein Großunternehmen mit einer weit entfernten Firmenzentrale. Die Wertschöpfung einer dezentralen Energieerzeugung bleibt in der Region und die erwirtschafteten Gewinne kommen unmittelbar der Kommune und damit ihren Bürgerinnen und Bürgern zugute. Ein lokales, von den bürgerschaftlichen Gremien kontrolliertes Energieunternehmen kann beispielsweise sehr viel leichter beim notwendigen Ausbau der Strominfrastruktur in Vorleistung gehen.

Ein weiterer Vorteil ergibt sich durch Synergieeffekte durch kommunale Querverbundunternehmen (Energie, Bäder, Verkehr) oder beim Breitbandausbau, für den es – im Gegensatz zur Stromversorgung – keine Anschlusspflicht eines Netzbetreibers gibt. Lokale Stadtwerke können z.B. im Rahmen von baulichen Maßnahmen am Stromnetz ein Breitbandnetz kostengünstig miterrichten.

BEISPIEL STADTWERKE SCHWÄBISCH HALL GMBH

Die Stadtwerke Schwäbisch Hall GmbH wurde vor beinahe 50 Jahren gegründet und ist seither eine 100%-ige Tochter der Stadt Schwäbisch Hall. Von Anfang an wurde Wert auf eine eigenständige und ökologische Energieerzeugung gelegt. Dabei wurde in ein zwischenzeitlich sehr weit gefächertes Nahwärmenetz investiert, das auch weiterhin konsequent ausgebaut wird.

Heute erzeugen über 60 Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen die Energie für die Wärmeversorgung und produzieren gleichzeitig Strom. Zunehmend wird dabei auch auf erneuerbare Energie in Form von direkter Biogasnutzung oder in Form von aufbereitetem Biogas umgestellt.

Ergänzt wird das Erneuerbare-Energien-Portfolio durch 7 Wasserkraftanlagen entlang des Kochers, mehrere Windkraftträder auf den umliegenden Bergen, Photovoltaikanlagen (Dachanlagen und Freiflächenanlagen) und Klärgasnutzung.

Im Jahr 2009 wurde von den Stadtwerken gemeinsam mit der Stadt und mit umliegenden Gemeinden das Ziel formuliert, bis zum Jahr 2030 die komplette Stromerzeugung im Netzgebiet zu 100% aus Erneuerbaren Energien zu decken. Dieses Ziel wird nun bereits im Jahr 2018 erfüllt. Diese Strategie ist jedoch nicht nur ökologisch sinnvoll, sie ist auch wirtschaftlich erfolgreich. Dies zeigt sich nicht nur darin, dass die Stadtwerke die Privatisierungswelle Ende der 1990-er, Anfang der 2000-er Jahre unbeschadet als eigenständiges Unternehmen überstanden haben, sondern auch darin, dass die Stadtwerke heutzutage andere Kommunen bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung unterstützen. So wurden mehrere kommunale Unternehmen in benachbarten wie auch weiter entfernten Kommunen mit Unterstützung der Stadtwerke Schwäbisch Hall gegründet. Damit wurden die Wertschöpfung und die Gewinne zurück in die Region geholt.

Autor

Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim

Kontakt

E-Mail: hermann-josef.pelgrim@schwaebischhall.de

Telefon: 0791 / 751-200

KLIMASCHUTZ IST KEIN ELITEPROJEKT

In den Kommunen sind die Auswirkungen des Klimawandels wie etwa Hitzewellen, Starkregeneignisse oder Überschwemmungen bereits heute erlebbare Realität. Gleichzeitig stoßen Kommunen einen Großteil der Treibhausgase aus. In den Kommunen liegt wiederum auch ein großes Potenzial, um sowohl Minderungs- als auch Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Um dieser Rolle gerecht zu werden und entsprechende Maßnahmen umsetzen zu können, brauchen Kommunen die notwendigen Rahmenbedingungen. Lokaler Klimaschutz funktioniert dann, wenn die notwendigen Akteure – seien es Millionenstädte oder kleine ländliche Gemeinden – anerkannt, ermutigt und befähigt werden.

Klimaschutz ist kein Eliteprojekt! Er beginnt bei uns vor Ort. Kommunen und kommunale Akteure spielen eine herausragende Rolle bei der Bewältigung des Klimawandels. Man kann sogar so weit gehen und sagen: Auf der lokalen und regionalen Ebene wird entschieden, ob der Klimaschutz ein Erfolgsprojekt wird.

UNSERE KOMMUNEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG – MOTOREN FÜR AKTIVEN KLIMASCHUTZ

Viele Städte und Gemeinden bei uns in Baden-Württemberg engagieren sich bereits sehr stark im Klimaschutz. Dabei werden sie bei Ihren Vorhaben von zahlreichen Initiativen und Förderprogrammen von Bund und Ländern unterstützt. Insbesondere die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) hat in den letzten 10 Jahren viele kleine und große Klimaschutzprojekte in den Kommunen ideell und monetär unterstützt. Über 2.600 Vorhaben wurden allein in Baden-Württemberg mit über 177 Millionen Euro umgesetzt. Die Gesamtvorhabensumme lag sogar bei 390 Millionen Euro.

Die entsprechenden Maßnahmen in unseren Städten und Gemeinden sind nicht nur wichtig für den Klimaschutz. Die Förderungen ziehen Investitionen nach sich, die die lokale und regionale Wirtschaft stärken. Klimaschutz ist nicht zuletzt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wichtig ist, dass die positiven Effekte des Klimaschutzes bei den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar sichtbar werden. Der gemeinsame Kampf gegen den Klimawandel von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und kommunalen Akteuren fördert auch den Zusammenhalt in der Gesellschaft und stärkt die Demokratie.

DIE NATIONALE KLIMASCHUTZINITIATIVE – PARTNER DER KOMMUNEN BEIM KLIMA- SCHUTZ

Die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) will ein breites Angebot schaffen, die umgesetzten Vorhaben sind vielfältig. Einerseits werden Projekte mit hohen Investitionen umgesetzt, andererseits aber auch kleinere Vorhaben, die Angebote für klimaschonende Aktivitäten auf Nachbarschafts- oder Quartiersebene schaffen.

Seit dem Jahr 2008 wurden bspw. Personalstellen für über 600 Klimaschutzmanagerinnen und -managern gefördert, die Klimaschutzmaßnahmen vor Ort umsetzen. Daneben werden auch Investitionen gefördert, z.B. in klimafreundliche LED-Beleuchtung oder Belüftungssysteme oder den Ausbau der Radinfrastruktur. Durch die Umsetzung konkreter Klimaschutzprojekte vor Ort wird das Thema vor allem für die Bewohnerinnen und Bewohner erlebbar. Die Kommunen sind wichtige Multiplikatoren, übernehmen eine Vorbildfunktion und motivieren zur Nachahmung.

Informationen zur Nationalen Klimaschutzinitiative sowie den Förderprogrammen gibt es hier: <http://www.klimaschutz.de/>

**KOMMUNALES LEUCHTTURMPROJEKT:
BAHNSTADT HEIDELBERG**

In Heidelberg wurde die Erstellung und Umsetzung eines Masterplans für 100 Prozent Klimaschutz über die NKL gefördert. In dem Konzept sind langfristige Klimaziele für die Stadt festgelegt (-95% CO₂ bis 2050). Ein Masterplan-Management sorgt für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen.

Die Heidelberger Klimaschutzerfolge werden insbesondere im Neubaugebiet „Bahnstadt“ sichtbar: Auf dem 116 Hektar großen ehemaligen Brachland des früheren Güter- und Rangierbahnhofs wird Wohnraum für rund 6.500 Menschen geschaffen. Außerdem entstehen rund 6.000 Arbeitsplätze in verkehrsgünstiger Lage in der Nähe des Hauptbahnhofes, die durch attraktive Radwege mit den Nachbarstadtteilen verbunden sind. Die dichte urbane Besiedlung und das abwechslungsreiche Angebot an Wohnungen, Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten ermöglicht eine ressourcenschonende Infrastruktur sowie eine Reduzierung des Verkehrsaufkommens. Dank des „Masterplan 100 Prozent Klimaschutz“ konnten das Nachhaltigkeits- und Klimaschutzkonzept mit Bürgerinnen, Bürgern und Planungsbeteiligten intensiv diskutiert und die Bahnstadt imagewirksam als nachhaltiger Stadtteil etabliert werden.

Mit Vorgaben wie der flächendeckenden Bebauung im Passivhausstandard, mit Fernwärmeversorgung aus einem Holzheizkraftwerk und Biogas-Blockheizkraftwerken oder die Anschlusspflicht an die Fernwärmeversorgung schafft die Stadtverwaltung wichtige Rahmenbedingungen für mehr Klimaschutz. Darüber hinaus wurden Regelungen zum Energiekonzept in Kaufverträge, städtebauliche Verträge und vorhabenbezogene Bebauungspläne aufgenommen. Zu jedem Bauantrag in der Bahnstadt müssen eine Energiebedarfsberechnung mit dem Passivhaus-Projektierungspaket, Erläuterungen der baulichen Konzepte zur Wärmedämmung, Vermeidung von Wärmebrücken und zur luftdichten Ausführung und Lüftung vorgelegt werden.

**KLIMASCHUTZ IN MURG –
LOKAL KLIMANEUTRAL**

Die Gemeinde Murg hat bereits im Jahr 2014 ein Klimaschutzkonzept erstellt und setzt den Maßnahmenkatalog mit Hilfe eines Klimaschutzmanagers um. Auch hier wurde die Gemeinde durch die NKL unterstützt. Ziel der Gemeinde ist eine CO₂-Reduktion bis zum Jahr 2050 (gegenüber dem Bezugsjahr 2012). Zudem wurde eine Beratungsstelle zu Fragen des Klimaschutzes und der energetischen Gebäudesanierung geschaffen.

Die Aktivitäten der Gemeinde Murg, auch in Verbindung mit der Nachhaltigkeits-Initiative „Murg im Wandel“, sind mittlerweile weit über die Gemeindegrenzen bekannt. Bereits seit September 2014 fährt beispielsweise in Murg ein kostenloser, elektrisch betriebener Bürgerbus, der auch nach der letzten Fahrt des ÖPNV die weiter entfernten Ortsteile mit dem Kernort verbindet. Der Bürgerbus schafft nicht nur mehr Mobilität für die Menschen vor Ort, es konnte der Individualverkehr eingedämmt und damit CO₂ eingespart werden. Zudem wurde ein eCar-Sharing eingeführt, wovon sich die Initiative eine Verbesserung des Strukturangebotes im ländlichen Raum sowie zusätzliche Energieeinsparungen verspricht.

Informationen zur Nachhaltigkeitsinitiative „Murg im Wandel“ unter:

<http://www.murgimwandel.de>

Autorin

Rita Schwarzelühr-Sutter MdB
Parlamentarische Staatssekretärin bei der
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit

Kontakt

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: rita.schwarzeluehr-sutter@bundestag.de
Telefon: 030/ 227 73 071

VON BIENEN, BLUMEN UND EINEM ZIEGENBOCK

ARTENSCHUTZ IN DER KOMMUNE

Immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden von unserem Planeten. 25.000 Arten sind akut vom Aussterben bedroht. Tausende von Arten sind bereits unwiederbringlich verschwunden. In Deutschland sind einer Studie des NABU zufolge in 27 Jahren 75 Prozent der Biomasse an Insekten verschwunden. Dem Rückgang der Fluginsekten folgt zwangsläufig der Rückgang vieler Vogelarten. Während der Artenschutz früher ein Nischenthema für Naturschützer war, ist das Bewusstsein in der Bevölkerung dafür gewachsen. Insbesondere junge Menschen sehen nach einer Umfrage des Umweltbundesamtes den Umweltschutz öfter als wichtige Aufgabe an, als der Durchschnitt aller Altersklassen. Die SPD sollte sich daher auch in der Kommunalpolitik dem Artenschutz annehmen und die eigenen Positionen mit Handlungsangeboten an die Bürgerschaft verbinden.

Die Ursachen für das Artensterben in unserem Land sind vielfältig, aber fast ausschließlich von Menschen gemacht. Hierzu zählen insbesondere der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln, der Rückgang von Wiesenflächen und der Klimawandel. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass wir Menschen etwas dafür tun können, dass wieder mehr Insekten, Vögel und seltene Arten in unserer Umwelt einen Platz finden. Insbesondere in der Kommunalpolitik bieten sich vielfältige Möglichkeiten, einen Beitrag zu mehr Biodiversität zu leisten und BürgerInnen bei diesen Aktionen ganz konkret zu beteiligen.

HANDLUNGSBEISPIELE AUS HEUBACH

Glyphosat steht im Verdacht, krebserregend zu sein. Bestimmte Neocotinoide schädigen Bienen und wichtige Insektenarten. Ihr Einsatz in der konventionellen Landwirtschaft ist dennoch weit verbreitet. Gemeinden können zwar kein Verbot für den Einsatz dieser Pestizide auf ihrem Gemeindegebiet aussprechen, allerdings kann die Gemeinde auf den Flächen die in ihrem Eigentum stehen, den Einsatz dieser Mittel im Pachtvertrag regulieren (in Heubach 74 Hektar, die an Landwirte verpachtet sind). Es gibt bereits Kommunen, die für ihre Flächen ein komplettes Verbot für Glyphosat ausgesprochen haben.

In Heubach hat man sich nach einer öffentlichen Diskussion mit Bürgerschaft, Bauernverband und BUND darauf geeinigt, dass Landwirte künftig keine Pacht mehr zahlen müssen, wenn sie auf Glyphosat verzichten.

Kommunale Grünflächen sind oft so bepflanzt, dass sie nur für wenige Tier- und Pflanzenarten eine Heimat bieten, aber dennoch einen hohen Pflegeaufwand produzieren. Deswegen wurden auf zahlreichen Flächen die Rasenflächen umgebrochen und Wildblumenmischungen eingesät.

Weil die umgenutzten Flächen gemeinsam mit BürgerInnen ausgewählt wurden, konnten in der Folge auch Patenschaften für die Pflege der Flächen entstehen und Bauhofkosten eingespart werden.

Die vielen Beiträge der Kommunen zum Klimaschutz sind ebenfalls unter dem Gesichtspunkt des Artenschutzes zu sehen. Zum Beispiel eigene Klimaschutzziele für die Gemeinden zeigen, wie die BürgerInnen auch vor Ort zur Lösung globaler Probleme beitragen können.

Die **Wacholderheiden der Schwäbischen Alb** sind ein Lebensraum von zahlreichen bedrohten Tier- und Pflanzenarten (z.B. Orchideen, Enzian, Silberdistel). Diese Kulturlandschaft ist aber bedroht, weil die Flächen zuwachsen. In Zusammenarbeit mit dem Landschaftserhaltungsverband wurden deshalb zwanzig Tauernziegen und ein Bock angeschafft, die ganzjährig die Fläche beweiden und die teure mechanische Landschaftspflege überflüssig machen. Die Beschaffung der Ziegen wird durch Patenschaften für einzelne Tiere aus der Bürgerschaft mitgetragen.

Autor

Bürgermeister Frederick Brütting

Kontakt

E-Mail: Frederick.Bruetting@heubach.de

Telefon: 07173/181-20



www.spd-bw.de



bawue@spd.de



facebook.com/spdbw



instagram.com/spd_bawue